



Gorleben Rundschau



Marianne Fritzen

Sie war eine von uns, und sie war die erste von uns. Ihr Rat, ihr Weitblick und ihr Mut haben uns bis zuletzt durch über 40 Jahre Widerstand geleitet. Dem Atomstaat hat sie ihr warmes Herz, ihr menschliches Antlitz und ihren klugen Kopf entgegen gehalten.

Landpartie

Jede Menge Informationen zu Gorleben, zur Suche nach einem Atommülllager und zum Stand der Energiewende.

Weitermachen!

Als ich in den Siebzigerjahren Physik studierte, machten sich die meisten Kommiliton/-innen in unserem Institut über die Kritiker der friedlichen Nutzung der Kernenergie lustig. Frage: „Was ist die größte Gefahr, wenn du ein Kilogramm Plutonium ein Jahr in der Hosentasche herumträgst?“ Antwort: „Die Hosentasche kann reißen.“ Als 1986 der Atomreaktor in Tschernobyl explodierte, haben wir selbst im fernen Kamerun das aus Europa kommenden Milchpulver Dauermessungen auf Verstrahlung unterzogen, bevor wir unserem Säugling damit das Fläschchen zubereiteten.

Im Jahr 2011 rauschte die Flutwelle des Tsunami über das Atomkraftwerk in Fukushima hinweg und löste das Desaster aus. Bei uns in Taiwan hatte sie nur noch eine Höhe von 50 Zentimetern. Auch hier stehen nur zehn Kilometer Luftlinie von unserer Wohnung entfernt zwei Atomkraftwerke mit vier Blöcken fast auf Meeresebene.

Ohne die stetige Mahnung und die Aktionen des Widerstands hätten wahrscheinlich auch diese beiden Katastrophen die Menschheit nicht groß zum Nachdenken gebracht!

Ich bin stolz darauf, dass meine Mutter wesentlich dazu beigetragen hat, dass viele Millionen Menschen für die Gefahren und ungelösten Probleme der Nutzung der Atomenergie sensibilisiert wurden und man vielerorts über den Ausstieg diskutiert. Aber selbst damit sind die Probleme noch nicht gelöst! GORLEBEN SOLL LEBEN!

Emmanuel Fritzen
Schulleiter in Taipeh /Taiwan



Liebe Leserinnen und Leser,

ein Menschenleben lang quält uns Sterbliche schon die Hochrisikotechnologie der unsterblichen Atomkraft. Da es kein Endlager gibt, hätte man niemals in die Nutzung der Atomenergie einsteigen dürfen, verkündete einst der letzte Umweltminister Peter Altmaier im Wendland und dankte dem dortigen Widerstand. Eine, die es ihm und allen Regierenden frühzeitig, rechtzeitig und unbequem gesagt hatte, war die Weltbürgerin Marianne Fritzen, Mitbegründerin und Gründungsvorsitzende der Bürgerinitiative; friedlich, mutig, fair und konsequent stritt sie für eine bessere Welt ohne Atom. Von einem „erfüllten Leben“ schreiben befreundete Initiativen in der Republik, denen sie mit ihrer natürlichen Art und Festigkeit Mut zum Widerstand machte. „Ich werde es wohl nicht mehr erleben“ sagte sie oft in weiser Voraussicht und meinte den vollendeten Atomausstieg und die Abkehr vom Irrweg Gorleben. Noch Ende Januar erhob sie dabei vehement ihre kluge Stimme auf der Fachtagung der

Bl. Rebecca Harms, Mariannes langjährige Freundin und Mitstreiterin, erinnert an die große alte Dame, die in diesem März von uns gegangen ist. Wir werden in ihrem Geiste weitermachen. Versprochen!

Wolfgang Ehmke macht den grossen Schwenk von der willkürlichen Standortbenennung Gorlebens bis zur aktuellen Kommission, die weder die Fehler der Vergangenheit aufgearbeitet, noch eine gesellschaftliche Debatte angestossen hat, sondern von alternativen Lageroptionen unbeirrt den bislang stets gescheiterten Pfad der tiefengeologischen Endlagerung fortsetzt. Seit der Monaco-Konferenz 1959, auf der auch noch Verklappen und Versenken von Atom Müll im Meer propagiert wurde, wird Salz in Deutschland als exzellentes Endlagermedium gefeiert. Aus den USA kommen nun kritische Töne, die uns an die havarierten Endlager Morsleben und Asse denken lassen.

Nachdem auch die Endlagerkommission 40 Jahren rein informeller Beteiligung der Bevölkerung ohne jede Ergebniswirksamkeit einen



Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-
Dannenberg

weiteren simulierten gesellschaftlichen Verständigungsprozess hinzufügen möchte, erklärt Ulrike Donat, was aus Sicht von Konfliktberatung und Mediation essentielle Elemente einer demokratischen Bürgerbeteiligung wären, die dieses Etikett verdient. Der Geologe Ulrich Kleemann erklärt uns als Mitglied der Endlagerkommission, wie diese sich das weitere Verfahren der Endlager suche vorstellt und welche Regionen betroffen sein könnten.

Während die Stromrebellin Ursula Sladek von EWS-Schönau und Matthias Willenbacher, Mitbegründer der juwi AG und Buchautor, engagierte Plädoyers für Dezentralisierung und Energiewende halten, mahnt Hermann Klepper zur Bescheidenheit, die als „Suffizienz“ auf dem Weg in eine nachhaltige Gesellschaft Energiewende und Effizienz begleiten muss. So danken wir im Angesicht von Enkeln und Urenkeln den vielen lieben und verantwortungsvollen Menschen, die uns auf unserem langen Weg in eine lebenswerte Zukunft begleiten und begleitet haben.

Impressum

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de

Redaktion: Andreas Conradt (ac), Torsten Koopmann (kp) (beide verantwortlich, Adresse wie vor), Jan Becker (jb), Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Torben Klages (tk), Reimar Paul (rb)
Gestaltung: Andrea Hagen, Andreas Conradt



Druck: dieUmweltdruckerei GmbH
Lohweg 1, 30559 Hannover
Auflage: 6600, gedruckt auf
Recyclingpapier Circle Matt White
Weitere Infos, Leserbriefe und
Feedback auf der Website:
www.gorleben-rundschau.de



Danke, Marianne!

Zum Tod von Marianne Fritzen am 6. März 2016

Im März 2016 ist Marianne Fritzen gestorben. Vor fast 40 Jahren im Februar und März 1977 gehörte sie zu denen, die den Protest und Widerstand gegen die Errichtung des „Nuklearen Entsorgungszentrums“ in Gorleben begonnen haben. Rebecca Harms hat sich Gedanken gemacht zum politischen Vermächtnis von Marianne Fritzen.

Bei der Gründung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg war sie Anfang 50. Gestorben ist sie mit 91 Jahren. Als „Mutter“ des Gorleben-Widerstands wurde sie auch bei ihrem Tod bezeichnet. Der bedeutenden Rolle, die sie gespielt hat im Wendland und darüber hinaus, wird man damit nicht gerecht. Diese großartige Frau war Ehefrau und Mutter da, wo es darauf ankam, nämlich zuhause in Kolborn bei Lüchow. Sie war die immer selbstbewusstere Gefährtin eines sehr anspruchsvollen Mannes, der als Lehrer nicht nur seinen Schülern, sondern auch der Familie mit den sieben Kindern herausfordernd begegnete. Pragmatisch, geduldig und tolerant, aber mit Grenzen, sei ihre Strategie im Hause Fritzen gewesen, sagte sie mir einmal. Einige Jahre mit der Familie in Taiwan mit seiner ganz anderen Kultur seien dafür eine gute Schule gewesen. Ihre große Familie, die

Liebe zur Kultur und zur Welt, das tiefe Interesse an Politik, das Philosophieren und Streiten mit ihrem Mann über Freiheit, Bürger und Staat: Marianne Fritzen war auf eine besondere Art vorbereitet, als die Gorleben-Entscheidung ihr Leben veränderte und sie zu einem der Köpfe der Bewegung gegen Gorleben und die Atomenergie wurde.

In und mit der Bewegung gehörte sie zu denen, die maßgeblich das neue Denken geprägt haben, das mit dem Satz „Wir haben die Erde nur von unseren Kindern gepachtet“ am besten beschrieben ist. Ihre Überzeugungen haben sie auch immer mutiger gemacht in der Verteidigung der Ideen des zivilen Ungehorsams.

Die heute erreichte Wertschätzung der Zivilgesellschaft, die Veränderung unserer Gesellschaft zu einer Bürgergesellschaft: Mariannes Ideen und ihr Stil haben das Wendland aber auch Deutschland

entscheidend mit verändert. Wie ist ihr das so gelungen? Am 22. Februar 1977 gab der damalige Ministerpräsident Albrecht in Hannover bekannt, dass bei Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg im östlichsten Zipfel des Landes Niedersachsen das Zentrum zur Wiederaufarbeitung und zur Endlagerung von Atom- müll errichtet werden solle. Untertage sollte im Salzstock Gorleben das Endlager für Atommüll errichtet werden. Der Ausbau der Anlagen für die Wiederaufarbeitung sollte parallel zur Untersuchung des Salzstockes passieren. In der Nachbarschaft an der Elbe sollte ein Atomkraftwerk in Betrieb gehen. Ein großer Teil dieser Pläne scheiterte am Widerstand. Heute stehen im Wald von Gorleben „nur“ zwei oberirdische Hallen zur Zwischenlagerung und eine Anlage zur Behandlung und Verpackung von Atommüll. Wer sich die gigantischen Atomkomplexe

im britischen Windscale/Sellafield oder im französischen La Hague ansieht, der weiß wieviel die Bürgerinitiative in Lüchow-Dannenberg verhindern konnte. Die Arbeiten am Endlager-Bergwerk im Salzstock Gorleben sind allerdings heute nur unterbrochen. Rund vierzig Jahre nach der Gorleben-Entscheidung versuchen Bund und Länder sich über einen Neuanfang bei der Suche über einen geeigneten Ort für die Endlagerung des Atommülls zu einigen. Der Salzstock Gorleben wurde als mögliches Endlager nicht aufgegeben, sondern bleibt Teil der beabsichtigten Suche. Wenn ich in den letzten Jahren mit Marianne Fritzen über unsere politische Arbeit sprach, dann ging es auch deshalb oft um das Erreichte und das Nicht-Erreichte als notwendige Bilanz um zu klären: Wie machen wir weiter?

Unter „erreicht“ ist für Marianne einiges zu verbuchen. In der Bundesrepublik wurde zwei Mal der Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen. Nach dem rot-grünen Konsens mit der Atomindustrie im Jahr 2000 brauchte es für Angela Merkel und ihre schwarz-gelbe Koalition noch die Atomkatastrophe von Fukushima, um sich dem gesellschaftlichen Konsens in Deutschland gegen die Atomkraft zu fügen. Wer fragt, warum es diesen Konsens in Deutschland, anders als in einigen unserer Nachbarländer, gibt, der findet die Antwort darauf in Persönlichkeiten wie Marianne Fritzen. Als langjährige Vorsitzende hat sie die Bürgerinitiative zu einer lernenden Organisation gemacht. Im Austausch zuerst mit anderen niedersächsischen, dann mit den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen und im Dachverband der Umweltinitiativen in Deutschland, dem BBU, focht sie unermüdlich dafür, dass die Argumente gegen die Atomkraft und gegen die Anlagen in Gorleben zutreffend und zugänglich waren. „Es reicht nicht, wenn wir wissen, dass wir Recht haben. Unsere Argumente müssen standhalten und überzeugen“, war ihre feste Meinung. „Lieber ein Flugblatt oder eine Presseerklärung weniger als ein unseriöses Argument.“ Sie suchte mit uns

Experten zuerst in Deutschland und dann um den ganzen Globus. Physiker, Chemiker, Ingenieure, Geologen, Soziologen und Juristen kamen ins Wendland oder wir reisten zu ihnen. In ihrem von Akten überquellenden kleinen Büro in Kolborn bei Lüchow saß sie im Zentrum eines Netzwerkes, das irgendwann auch Paris, London, Tokio und Washington bekannt war. Sachverstand war die Voraussetzung für den Streit mit Befürwortern, für die Gerichtsverfahren gegen die Atomprojekte und auch für die wachsende Unterstützung der Anti-Atom-Bewegung. Den ersten „Bürgerdialog Kernenergie“ der Bundesregierung nahm Marianne als Herausforderung. Vorwürfe, sie werde von Politik und Industrie in Alibi-Veranstaltungen vereinnahmt, nahm sie ernst, entschied sich aber nach Abwägung für die Debatte. Sie wollte und hat immer wieder mit guten Argumenten überzeugt und gewonnen. Als es 1986 in Tschernobyl zum Super-GAU kam und radioaktive Wolken ganz Europa erreichten ging, diese Strategie auf: Glaubwürdig für die Mehrheit der Deutschen waren die Bürgerinitiativen.

Als ich Marianne Fritzen im Winter 1977 das erste Mal begegnete, hatte keine von uns auch nur eine blasse Ahnung von der Dimension des Konfliktes um Gorleben und um die Atomenergie, der vor uns lag. Wahrscheinlich war es gut, dass wir keine Vorstellung davon hatten, wie sehr unsere Ideen den Staat herausfordern würden und wie hart die Reaktionen gegen uns ausfallen würden. Aber es gehört zu den Verdiensten der Köpfe der Bürgerinitiativen, dass das Verhältnis zwischen Bürger und Staat sich über die Jahrzehnte zum Besseren verändert hat. Diejenigen, die heute die Idee „Atomkraft Nein danke“ oder die Energiewende für selbstverständlich und für Mainstream halten, können sich nicht vorstellen, wie hart die gesellschaftliche Polarisierung war. In den ersten Tagen nach der Standortentscheidung bei spontanen Demonstrationen und Versammlungen der Kommunalpolitik oder des Landvolkes in der Region

fand sich so gut wie keiner, der den Atommüll im Wald von Gorleben wollte. Die Politik in Hannover und Bonn und die Atomindustrie setzten systematisch auf verhärmelnde Propaganda, auf Arbeitsplatzversprechen, auf Käuflichkeit kommunaler Politik und auf politische Verteufelung und Diffamierung des Protestes. Schamlos wurde die damalige Terrorismusdebatte auf den Bürgerprotest ausgeweitet. Gorleben-Gegner und Kritiker mussten ein dickes Fell haben gegen Verunglimpfung als Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, als Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe, als 5. Kolonne Moskaus. Hippies, arbeitsscheues Gesindel oder Drogensüchtige waren noch die freundlichsten Prädikate, die uns angeheftet wurden.

Trotz und gegen dieses aufgehetzte politische Klima entstand in der Alten Burg, einer Gastwirtschaft am Deich in Gorleben, unser erstes improvisiertes Infozentrum gegen die Gorleben-Pläne. Wir riefen zur ersten bundesweiten Großdemonstration im Wendland auf. Es kamen viele, aber viele Lüchow-Dannenberger blieben zuhause. Statt mit uns zu diskutieren, schürten Landes- und Bundesregierung erfolgreich die Angst vor brennenden Barrikaden und behaupteten, die Bürgerinitiativen seien durch politische Extremisten unterwandert. Die erste Großdemonstration fand trotzdem statt. Die Gründung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg wurde parallel dazu vorbereitet. Es war ein Glück, dass Marianne Fritzen als Frau aus dem Bürgertum der Kleinstadt Lüchow sich bereit fand, an die Spitze der Bürgerinitiative zu treten. Durch Überzeugung, Geduld und Toleranz hielt sie zusammen, was schwer zusammenzuhalten war. Die Bürgerinitiative war politisch mehr als heterogen. Das Lüchower Bürgertum traf auf konservative Bauern, konservative Anwälte trafen auf eher linke Künstler, Landkommunarden auf Großgrundbesitzer. Marianne wurde in diesem Ehrenamt an der Spitze unseres bunten Hau-

**Wir bleiben
noch eine
Weile hier
und streiten
weiter
in deinem
Geist, um
das Leben
zu schützen!**

(Hagen)

fens nicht allein Expertin für die Atomspaltung. Sie wurde auch Expertin für zivilen Ungehorsam. Zusammen begriffen wir schnell, dass das Argument allein, und sei es noch so gut, keine atomaren Pläne aufhalten würde. Und mit demselben hohen Anspruch, den Marianne an unsere Argumente anlegte, ging sie in die Auseinandersetzung um die Form des Protestes. Von den ersten Blockaden gegen Bohrungen im Gorlebener Wald 1978 bis zum Treck nach Hannover, der mit einer Kundgebung mit 100 000 Teilnehmern endete, wuchs der Anspruch der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, den Protesten und Aktionen einen zu verantwortenden, klaren Rahmen zu geben. Wie können wir Massenprotest organisieren und Gewaltlosigkeit gewährleisten? Was heißt das für eine Bürgerinitiative, wenn im Streit um Gorleben von uns Gesetze übertreten werden? Ich weiß gut, wie oft Marianne genervt war, wenn gerade wir Jüngeren an Bohrlöchern und Bauzäunen griffigere Aktionen wollten. Inzwischen denke ich, dass das Gespür Mariannes für die mögliche Überforderung der Bürger, von denen wir unterstützt werden wollten, entscheidend für die spätere und bis heute andauernde massenhafte Bereitschaft von Tausenden im Streit gegen Gorleben, Gesetze zu übertreten und die gewaltlose Konfrontation mit der oft so übermächtigen Staatsgewalt zu wagen, gewesen ist.

Als Schlüsselaktion für den Verlauf des Protestes in Gorleben und für ihr eigenes Verhältnis zum zivilen Ungehorsam hat Marianne Fritzen in einem unserer Gespräche den Aufbau und die Räumung der Republik Freies Wendland genannt. Das große Hüttendorf mit seiner in jeder Hinsicht bunten Schar von Besetzern aus Nah und Fern gewann im Mai 1980 die Sympathien der Bundesrepublik. Je beliebter in Deutschland Wochenendausflüge ins wendländische Hüttendorf wurden, desto mehr rüsteten Polizei und Innenminister verbal und real gegen uns auf. Die Terroristengruppe „Bewegung 2. Juni“ und Unter-



Wie schön muss es erst im Himmel sein, wenn er von außen schon so schön aussieht!

(Lindgren)

stützer seien bei uns untergeschlüpft, war einer der Vorwürfe, mit denen Marianne als Vorsitzende der Bürgerinitiative konfrontiert wurde. Die Räumung der Freien Republik wurde zum bis dahin größten Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik. Gegen 2000 Sitzende, die sich durch Singen und Reden verteidigten, wurde mit einer Übermacht an Polizei und Bundesgrenzschutz, mit Hunden, Pferden, Hubschraubern und Räumpanzern vorgegangen. Diese Unverhältnismäßigkeit der Mittel wurde danach im Konflikt um Gorleben zum Normalfall. Mit fast jedem Atommülltransport der späteren Jahre in die Zwischenlagerhalle nach Gorleben wurde der Rekord „größter Polizeieinsatz der Geschichte“ neu gebrochen und die Region in ein besetztes Land verwandelt. Marianne Fritzen wurde auch in verzagten oder wütenden Momenten gerade nach den Castortransporten nie müde immer wieder zu erklären, dass Atomkraft nicht nur gefährlich für Mensch und Umwelt ist, sondern Grundlagen unserer Demokratie untergräbt. Die Räumung der Republik Freies Wendland war ein Moment tief empfundener Machtlosigkeit. Über Macht und Ohnmacht und über Davids Strategien gegen Goliath ging es in den wendländischen Debatten in all den Jahrzehnten seither weiter. Marianne Fritzen aber ist nie, auch nicht nach der Räumung der Freien Republik, geschlagen nach Hause gezogen.

Marianne hatte schon vor diesem Erlebnis die Gründung einer Partei vorangetrieben, die die ökologische Verantwortung in den Mittelpunkt des Programms stellen sollte. Ihre eigene Erfahrung im Gorleben-Konflikt mit Bundes- und Landesregierung und den alten deutschen Volksparteien bestimmten diesen Schritt. Sie war trotz ihres vehementen Einsatzes in der Bürgerinitiative auch eine Anhängerin der repräsentativen Demokratie. Sie war eine von zwei Frauen, die zuerst für die Grünen in den Lüchow-Dannenger Kreistag einzogen. Die beiden Damen haben mit Hartnäckigkeit, Charme und viel Arbeit die

Stammtische der Lokalpolitik ins Wanken gebracht. Das Foto, das Marianne bei ihrer ersten Festnahme zeigt, Häkelmütze vor Polizisten mit Schild und Helm, wurde eines der ersten Wahlplakate der Grünen bundesweit mit dem Slogan „Demokratie braucht Luft zum Atmen“. Dieses Plakat hängt in meinem Büro in Brüssel, gerade weil Marianne aus der Partei Bündnis90/Die Grünen ausgetreten ist. Es ist eine Widmung von ihr darauf. Nach den Entscheidungen zum Jugoslawienkrieg und dem ersten Atomkonsens sagte sie mir, sie sei zu alt für Kompromisse. Bis zu ihrem Tod war sie mir eine politische Freundin. Ich weiß, wen wir nun vermissen werden. Aber ich weiß auch, dass sie sich auf ihre Freunde weiter verlässt.

Über die Jahrzehnte hat sich Marianne Fritzen immer neue Aufgaben gesucht. Sie war nicht mehr immer an der Strecke oder draußen am Zwischenlager, wenn die Castortransporte rollten. Sie übernahm Dienste in der Telefon- oder Pressezentrale. „Alles hat seine Zeit“, sagte sie dazu. Aber aufhören könne und dürfe man nicht. Sie hat in den letzten Jahren sehr viel Arbeit in das Gorleben-Archiv gesteckt. Das hatte sicher damit zu tun, dass ihr das Archiv zuhause im wahrsten Sinne des Wortes über den Kopf gewachsen ist. Aber es hatte auch damit zu tun, dass sie Wissen und Erfahrungen so bewahren wollte, dass sie für die nächste Generation von Nutzen sein können. Zu dem, was wir unterschätzten, als 1977 die Bürgerinitiative gegründet wurde, gehörte eben auch die Dauer des Konfliktes um Gorleben. Inzwischen wissen wir, dass weder Mariannes und wohl auch nicht meine Generation die ist, die die Entscheidung für ein zu verantwortendes Endlager für Atommüll erleben wird. Aber gerade weil wir das wissen und weil wir um die unvorstellbaren Risiken des Atommülls wissen, dürfen wir als ihre Gefährten und Freunde nicht locker lassen, uns gegen Gorleben und für ein verantwortliches Vorgehen bei der Suche nach einem Endlager einzusetzen.



Marianne, du fehlst uns!

Günter Zint, der Fotograf des berühmten Bildes von Marianne Fritzen aus dem Jahr 1979, das auch den Titel dieser Ausgabe ziert, war auch persönlicher Freund:

Ich hatte das Glück, einen Menschen 40 Jahre durch das Leben zu begleiten, der wirklich außergewöhnlich war. Marianne hatte tolle Begabungen: warmherzig, liebevoll, beharrlich, unbeugsam und immer bereit für Diskussionen, die aber ihren unbeirrbaren Kurs gegen die menschenfeindliche Atomenergie nie ändern konnten. Mit 91 Jahren darf man nach einem erfüllten Leben diese Welt, in der es ihr nicht leicht gemacht wurde, verlassen. Trotzdem: Wir brauchen gerade im Moment Menschen wie Marianne. Doch die sind rar. Ich muss nun in schlaflosen Nächten darüber nachdenken: „Wie hätte Marianne das gesehen? Wie hätte sie geurteilt?“ Sie war gerade in den letzten Monaten eine kluge Ratgeberin.

Mein Anti-Atom-Archiv mit hunderttausend Fotos und Dokumenten habe ich ihr zum 90. Geburtstag für unkommerzielle Verwendung geschenkt. Auch der von mir gerettete Sender der „Republik Freies Wendland“ (RFW) samt den Tonbändern gehörte zu dem Geburtstagsgeschenk, das sie noch am selben Tag an das „Gorleben Archiv“ zu Birgit Huneke weitergegeben hat. Inzwischen ist der RFW-Sender im Berliner Technikmuseum und das „Gorleben Archiv“ hat 40 Jahre dokumentierten Kampf um Gorleben. Das ist das Mindeste, was ich Marianne und dem Wendland als Dankeschön bieten kann.

Als Journalist, der fast 60 Jahre tätig ist, lernt man viele interessante und eindrucksvolle Persönlichkeiten kennen. Marianne ist mir die Liebste von Allen. Für mich lebt sie immer noch, und ich werde oft Gedanken mit ihr teilen.



Anteilmnahmen

Bundesumweltministerin **Barbara Hendricks** (SPD): „Marianne Fritzen verkörperte das, was gewaltfreien Widerstand ausmacht: Entschlossenheit, Mut und Ausdauer. Die Anti-Atombewegung, aber auch die Gesellschaft insgesamt haben Marianne Fritzen viel zu verdanken.“

Bundesumweltminister a. D. **Jürgen Trittin** (Grüne): „Ohne Marianne Fritzen und den Protest im Wendland wäre der Atomausstieg in Deutschland vielleicht heute noch nicht besiegelt.“

Rebecca Harms, Fraktionsvorsitzende der Grünen im EU-Parlament: „[Marianne] war in ihrem Denken der Zeit früh voraus. Sie hat die Bedrohung der Welt durch die Atomkraft in voller Dimension begriffen und uns alle deshalb so entschieden und mit nicht endender Hingabe in dieser Auseinandersetzung geführt.“

Simone Peter und **Cem Özdemir**, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Ihr Engagement hat mit dazu beigetragen, dass der Widerstand gegen die Atomkraft und ein Endlager in Gorleben so lebendig, bunt und groß geworden ist.“

Ute Vogt, Stellvertretende Vorsitzende, und **Hiltrud Lotze**, atompolitische Sprecherin der SPD-Bun-

Sie ist nun frei und unsere Tränen wünschen ihr Glück.

(Goethe)

destagsfraktion: „Sie war eine starke Frau an der Spitze des Widerstandes gegen Atomkraft und gegen den Standort Gorleben. Dabei waren ihre Waffen das Wort und ihre Unerschrockenheit. Wir sind dankbar, dass Marianne Fritzen ihre Erfahrung und ihr Wissen immer an jüngeren Generationen weitergeben hat.“

Heinrich-Böll-Stiftung: „Sie war die Seele der Anti-Atombewegung im Wendland, eine warmherzige und streitbare Frau mit einem wachen Geist und der Klugheit eines Menschen, der viel erlebt und darüber nachgedacht hat.“

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU): „Trotz ihrer eher bescheidenen Art ist Marianne Fritzen zu einer Galionsfigur der bundesweiten Anti-Atomkraft-Bewegung geworden.“

Masako Sawai, Citizens' Nuclear Information Center (CNIC), Tokio: „Ich bin tief erschüttert über den plötzlichen Tod von Marianne Fritzen. [Ein] Bild [von ihr und mir] wird zu meinem größten Schatz.“

Koji Mochizuki: „Es war ein großes Glück für mich, Marianne letztes Jahr bei Euch getroffen zu haben.“

Udo Buchholz, Vorstand des BBU: „Marianne wird fehlen. Und besonders ihre Mitmenschlichkeit und ihre Herzlichkeit werden fehlen.“



Gorleben Archiv Unsere Geschichte

Die „Werkstatt Rixdorfer Drucke“ vier politisch engagierter Künstler aus Berlin und Lüchow-Dannenberg hat im Wendland einige Berühmtheit erlangt: 1978 erschien dort der einzigartige „Entsorgungskalender 1978, den Atompark Gorleben betreffend“. Die gestanzten Holzschnitte waren mit zwölf neuen Bauernregeln als originelle Kalendersprüche von Hellmuth Feye in zwölf Typographien versehen: giftige Verse wider die Atomkraft mit typischer Gestaltung der Rixdorfer. Uwe Bremer, einer von ihnen, lebt seit 1974 in Lüchow-Dannenberg. Ein Jahr später erschien „Der Atom-Postkarten Kalender 1979“. Er enthielt lakonische Slogans und Rixdorfer Grafiken. Die trauergeränderten Monatslosungen – „Spalte und herrsche“ oder „Atomspaltung ist Knochenarbeit“ oder „Damit nicht nur die Kühe ins Gras beißen“ – stammten von Nicolas Born, Hans Christoph Buch, Kai Hermann und anderen Atomkraftgegnern. Mit dem Verkauf der Kalender und Postkarten wurde die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg in ihrem Kampf gegen das Gorlebener Projekt unterstützt. Damals für 4,80 und 14,80 D-Mark zu erwerben – heute im Gorleben Archiv und vielleicht noch in einem Antiquariat für viele Euro. (bh)



Wendland Kulturelle Landpartie

Von Himmelfahrt bis Pfingsten gibt es wieder volles Programm: Die Kulturelle Landpartie präsentiert zwölf Tage lang die Wunde.r.punkte – die wunderbaren und die wunden Punkte im Wendland. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) wird mit zahlreichen Informationen und Aktionen an verschiedenen Orten dabei sein, im Fokus immer die Auseinandersetzung um Gorleben. Täglich wird die BI an den Atomanlagen präsent sein, wo sie mit allgemeinen Informationen und – für alle, die es etwas genauer wissen möchten – mit Fachvorträge Wissen rund um den immer noch nicht aufgegebenen Standort für ein Atommülllager vermitteln wird. Auch bei der Mützingenta in Mützingen wird die BI mit einem großen Info-Zelt dabei sein. Hier können auch die typischen Widerstandsartikel erworben werden. Mit einer Ausstellung und einem Filmabend ist die BI



BI-intern Neuer Vorstand gewählt

Wenig Neues brachte die Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg am 13. März: Finanzen und politische Arbeit der BI wurden von den anwesenden rund 70 Mitgliedern gelobt. So war auch die Wahl der Vorstandsmitglieder reine Routine und brachte kaum Veränderungen. Den Vorstand auf eigenen Wunsch verlassen hat Falko Berkemeier, nach einigen Jahren Pause wieder dabei ist Anja Meyer (nicht im Bild). Ansonsten bleibt es bei (v.l.n.r.) Wolfgang Ehmke (Pressesprecher), Henrik Stern, Günter Hermeyer, Klaus Longmuss (Kassenwart), Kerstin Rudek, Martin Donat (Vorstand), Birgit Fuhrmann, Elisabeth Hafner-Reckers (stellv. Vorsitzende). (ac)

außerdem zu Gast am neuen „Politischen Wunderpunkt“ in Klein Witzeeze. Der Punkt feiert in diesem Jahr Premiere und bietet interessante Ausstellungen, Filmvorführungen und Kunsthandwerk. Im besonderen Fokus liegen politische Informationen zu den Themenbereichen, in denen sich die Bewohner/-innen engagieren.

Am Freitag, dem 13. Mai, wird es – nach dem tollen Erfolg im letzten Jahr – ab 14 Uhr wieder eine „Kulturelle Widerstandspartei“ mit umfangreichem Programm an den Gorlebener Atomanlagen geben. Mit dabei sind wendländische Originale wie Meiselgeier, Muul Op und das Wendland Hippy Ohrkestra. Aber auch Derjani, Electrix Garden und Karo Fontana heizen den Gästen ein. Der Solar Sound Truck schließlich verspricht, den Salzstock zum Beben zu bringen. Zwischendrin überall und immer wieder Pantomime, Jonglage, Clownerie. Ein Fest für die Sinne. Ein Fest zum Protest. (ac)

Eichhörnchen Doch kein Knast

Die Aktivistin Cécile Lecomte wurde 2013 wegen einer Anti-Atom-Aktion zu einem Bußgeld von 20 Euro verurteilt. Weil sie sich weigerte, dies zu zahlen, erhielt sie eine Ladung zum Haftantritt zur Erzwingungshaft in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hildesheim. Als sie am 5. April gegen 10 Uhr ihre eintägige Haft antreten wollte, wurde ihr überraschend mitgeteilt, dass das Bußgeld bereits bezahlt worden sei und sie nicht in die JVA müsse. Erst auf wiederholte Nachfrage wurde ihr schließlich gesagt, wer das Bußgeld übernommen hatte: Zum großen Erstaunen der begleitenden Aktivist/innen war es die Hauptstelle der JVA in Vechta selbst. Dies geschah wohl nicht aus grundsätzlich straf- oder haftkritischen Gründen, sondern, so vermuten Aktivist/innen, „weil der Vorgang den Angestellten der JVA zu nervig war“. Sie mussten sich am Tag des Haftantritts mit zahlreichen Anträgen und solidarischen Anrufen beschäftigen. (pm)

Verfassungsklagen Protest in Karlsruhe

Mit einer Kundgebung vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe haben Aktivist/-innen der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt und des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gegen die Verzögerungstaktik der Atomkraftwerksbetreiber beim Atomausstieg und deren Forderung nach Entschädigungszahlungen protestiert. Sie verlangten die sofortige Stilllegung der acht noch in Deutschland am Netz befindlichen Atommeiler. Anlass der Kundgebung war der Beginn der Verhandlungen des Gerichts über Verfassungsbeschwerden von E.on, RWE und Vattenfall gegen den 2011 vom Bundestag beschlossenen schrittweisen Atomausstieg. Die Konzerne fordern rund 20 Milliarden Euro Schadenersatz. Auch nach Ansicht von Greenpeace werden die Klagen den Energiekonzernen keine Basis für milliardenschwere Entschädigungszahlungen liefern. Die Umweltschutzorganisation hält den nach dem Super-GAU in Fukushima beschlossenen beschleunigten Atomausstieg für verfassungskonform. Er stimme im Wesentlichen mit dem Atomausstieg von 2002 überein, den die Atomkonzerne selbst unterschrieben hatten. (pm)

Australien Wende in Down Under

Australien bietet sich als Atommüllkippe für das Ausland an. Eine Regierungskommission hat vorgeschlagen, dass der Bundesstaat Südaustralien ein internationales Lager für hochradioaktiven Abfall bauen soll. Ein Gremium hat errechnet, dass sich das Vorhaben wirtschaftlich lohnt. Das Lager soll 390 000 Tonnen abgebrannter Brennstäbe und anderer radioaktiver Abfälle aufnehmen, was rund 13 Prozent der derzeit auf der Welt zwischengelagerten Menge entspräche. Durch die Deponie erhofft sich Australien gewissermaßen durch die Hintertür auch den Aufbau eines eigenen Atomprogramms zur Energieerzeugung. (rp)

Neues Buch Widerstand und Kultur

„Wir sagen auch übermorgen noch NEIN!“ Dieses „Widerwort“ auf einem Demotransparent von 2005 ist eins von mehreren hundert, die das Fotografen-Ehepaar Ingrid und Werner Lowin in all den Widerstandsjahren fotografisch festgehalten und nun neu zusammengestellt haben. Für Lowins ist es wichtiger denn je, sich der Widerworte aus vergangenen Jahren zu erinnern, setzt doch der aktuelle Prozess auf „Vernebelung und Einlullung“, wie sie es selbst beschreiben. Ihre Motive sollen als Kraftspender dienen für den schwierigen politischen Prozess, dem die Bevölkerung kaum noch folgen könne. „Wer lügt, hat die Wenden am Hals!“ ist ebenfalls ein Widerwort vergangener Zeiten. Doch bis in die Gegenwart versammeln sich unaufhörlich Menschen am Bergwerk in Gorleben und zeigen ihren Protest. Zuletzt geschehen zur „Kulturellen Widerstandspartei“ in Mai 2015. Die Verbindung zwischen Kultur und Widerstand haben Lowins nun auf über hundert Fotos des Aktionstags in ein neues Fotobuch einfließen lassen, dessen Vorwort wie folgt endet: „Es war eine lebensbunte und lebensbejahende Aktion, die den starken Widerstand und den absoluten Protest gegen Atomenergie ausgedrückt hat.“ Achtung: Ansteckungsgefahr! Das 72-seitige Fotobuch „Kulturelle Widerstandspartei“ kann im BI-Büro bestellt werden. Preis: 6,00 Euro. (we)



Das 72-seitige Fotobuch „Kulturelle Widerstandspartei“ kann im BI-Büro bestellt werden. Preis: 6,00 Euro.



Nicht nur die runden Jahrestage zu den Katastrophen von Fukushima und Tschernobyl bescheren der BI im Frühjahr für eine enorme Arbeitsauslastung, zahlreiche Tagungen, Veranstaltungen und die Vorbereitungen für die Kulturelle Landpartie brachten den Vorstand an die Belastungsgrenze. Zwei Filmveranstaltungen, eine Buchvorstellung, die Mitgliederversammlung, Aktionen um den Fukushima-Jahrestag und Aktionen in den Regionen Gronau und Lingen sorgten für einen vollen Terminplan. Im April musste das Arbeitspensum noch einmal gesteigert werden, denn mit zahlreichen internationalen Gästen standen umfangreiche Informationsgespräche an. Beginnend mit dem Besuch von Golden Misabiko aus Afrika und einem Treffen mit dem ehemaligen japanischen Ministerpräsidenten Naoto Kan im Rahmen des Literaturfestivals „Lesen ohne Atomstrom“, über den Besuch der japanischen Dokumentarfilmerin Masako Sakata bis hin zu einer internationalen Journalistengruppe stand Gorleben stark im Fokus internationaler Betrachtungen. Im Gegenzug besuchten Vorstandsvertreter/-innen Konferenzen in Tschechien und in der Schweiz. Die gemeinsame Fahrt zur TTIP-Demo in Hannover stand ebenso auf dem Plan, wie die Begleitung von „Lesen ohne Atomstrom“, dessen Medienpartner zum wiederholten Male die „Gorleben Rundschau“ sein durfte. Die Aktionen um den Tschernobyl-Jahrestag wurden gleich an mehreren Orten begleitet. Im stillen Kämmerlein tüftelte derweil eine Gruppe an neuen Informationsformaten, Flyern und dem Programm der nahenden Kulturellen Landpartie.



In Gorleben ist alles klar? Denkste!

Der Widerstand im Wendland muss wachsam bleiben

Gorleben Der Atomausstieg ist besiegelt, die Endlagersuche wird neu gestartet, und um Gorleben ist es ruhig geworden. Wer das glaubt, sollte unbedingt weiterlesen, rät der Pressesprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Wolfgang Ehmke.

Richtig ist, dass 2022 das letzte Atomkraftwerk vom Netz geht. Ausgenommen von diesem „Atomausstieg light“ sind aber die Brennelementefabrik in Lingen und die Urananreicherungsanlage in Gronau. Und europaweit ist ein Atomausstieg ohnehin nicht in Sicht: Nicht nur in Hinkley Point in Großbritannien soll der Bau eines Kraftwerkskomplexes sogar mit EU-Mitteln subventioniert werden.

In Gronau fallen radioaktive Abfälle an, die dort aufgehaldet werden. Der Berg wächst und wächst. Auch der Müll aus der havarierten Asse soll geborgen werden. Nur wohin damit? In den Schacht Konrad bei Salzgitter darf das Zeug nicht rein, dafür gibt es keine Genehmigung. Es sind zudem Abfälle, von denen niemand genau sagen kann, in welchem Zustand sie sich befinden und was darin enthalten ist.

Was aber macht das Bundesumweltministerium? Es entwirft das „Nationale Entsorgungsprogramm“, in dem geregelt wird, die brennbaren, Gas entwickelnden Abfälle zusammen mit den hochradioaktiven Abfällen – also Brennelementen, verglasten hochradioaktiven und Wärme entwickelnden Abfällen – in ein einziges Lager zu verbringen. Einfach weg damit! Natürlich wissenschaftsbasiert, Kriterien orientiert, transparent und rückholbar...

Was hat das mit Gorleben zu tun? Alles!

Die Castortransporte nach Gorleben sind zwar gestoppt und der Restmüll aus der Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente, die nach La Hague (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien) gebracht wurden, soll nun zu Zwischenlagern an AKW-Standorten gekarrt werden, wo er dann – wie in Gorleben – herumsteht. Dort im Wendland lagern schon jetzt 113 Castorbehälter in einer oberirdischen Halle, die gegen

Flugzeugabstürze nicht gesichert ist. Zudem gibt es eine Lagerhalle für schwach- und mittelaktive Abfälle und eine Verpackungsanlage für den hochradioaktiven Müll. Ohne die Castortransporte aber und die Aufmerksamkeit der Medien fällt es viel schwerer, die aktuelle, bedrohliche Lage rund um Gorleben zu kommunizieren. Fakt ist nämlich: Der Salzstock im Wendland bleibt voll im Rennen, wenn es um die Standortsuche für das Super-Atom Mülllager geht.

Wir sind also wachsam und sagen: Ein Salzstock, unter dem sich ein Gasvorkommen befindet, geht nicht als Endlager. Ein Salzstock, über dem es einen Einbruchsee wie in Rambow gibt, geht nicht. Ein Salzstock, der kein intaktes, Wasser abschirmendes Deckgebirge hat, geht nicht. Ein Standort, der seit 1977 nur mit Lug und Trug und Polizeigewalt durchgeboxt wurde, geht nicht. Ein Neustart der Endlagersuche ohne Gorleben ist überfällig. Aber im Nachhinein den Standort durch Parteienkompromisse zu legitimieren, ist faul. Der Fisch stinkt vom Kopf her.

Es hätte gelingen können

Als im Frühjahr 2014 von der Politik das Standortauswahlgesetz (StandAG) beschlossen und der „Neuanfang“ bei der „Endlagersuche“ proklamiert wurde, pochten wir darauf, zunächst auf die Fehler, die in den vergangenen vierzig Jahren in Gorleben gemacht wurden, zu blicken, sie zu benennen und zuzugeben. Nur dieser Blick zurück hätte die Basis für eine demokratische Atom Müllpolitik sein können. Für einen Prozess, der eine faire, ergebnisoffene und vergleichende Suche nach einem Standort für ein deutsches Atom Mülllager ermöglicht hätte. Doch die Mahnung blieb ungehört. Als Konsequenz waren wir und andere in der Anti-Atom-Bewegung nicht zur Mitarbeit in der so ge-

nannten Endlagerkommission bereit, weil wir Vereinnahmung unter dem Deckmantel der Bürgerbeteiligung befürchteten. Als die Kommission ihre Arbeit schließlich begann, wurde schnell klar: Die falschen Entscheidungen, die Manipulationen und Trickereien am und um den Salzstock im Wendland spielten kaum eine Rolle in den Sitzungen, eine Aufarbeitung der Vergangenheit fand nicht statt. Genau wie befürchtet.

Nicht unsere Kommission

In den knapp zwei Jahren, die die Kommission inzwischen am Werk ist, wurde dann auch immer klarer: Weder die Arbeit der Kommission noch ihre Ergebnisse konnten Vertrauen schaffen – im Gegenteil. Es gibt keinen Neustart beim Umgang mit dem Atom Müll, sondern die Fortführung eines falschen und gescheiterten Verfahrens. Denn die Kommission ist dem im Standortauswahlgesetz formulierten Anspruch, die Fehler der Vergangenheit aufzuarbeiten, mitnichten gerecht geworden. Sie hat zudem nicht einmal ernsthaft versucht, alternative Lageroptionen zu prüfen, sondern stattdessen nahtlos den auf tiefe geologische Lagerung fixierten Weg fortgesetzt, der in der Vergangenheit zu den Havarien in der Asse und Morsleben führte.

Die willkürliche politische Entscheidung für den geologisch ungeeigneten Standort Gorleben wurde nicht revidiert, sondern durch politisch motivierte Kriterien-Benennung erneut begünstigt.

Auch eine breite gesellschaftliche Debatte zum am wenigsten risikoreichen Umgang mit dem Atom Müll hat es nie gegeben, weder vor der Verabschiedung des Gesetzes, noch während der Arbeit der Kommission.

Schließlich wurde auch die Öffentlichkeit in der Kommission weder frühzeitig noch angemessen be-

Die Ruhe auf dem Land ist oft stille Wut



teilt. Die „Beteiligung“ reduzierte sich auf informatorische Anhörungen ohne jede Ergebniswirksamkeit.

Umweltgruppen und Initiativen lehnten es darum zu Recht ab – und tun es immer noch –, an einem Prozess teilzunehmen, der lediglich bereits erkannte Fehler der Vergangenheit wiederholt. Als Feigenblatt für diesen Irrweg stehen wir auch weiterhin nicht zur Verfügung. Und auch die Abgeordneten des Bundestages sollten sich und die Gesellschaft mit diesem Kommissions-Vorschlag nicht erneut in eine Sackgasse führen lassen.

Immerhin haben wir hier im Wendland auch einen Ruf zu verlieren: Gorleben war in den Neunzigerjahren bis zum letzten Castortransport 2011 der Ort, an dem für den sofortigen Atomausstieg und die Aufgabe des Salzstocks als mögliches Endlager demonstriert wurde. Ohne die bundesweite Unterstützung, ohne diesen Kristallisationspunkt und unsere Ausdauer gäbe es vermutlich nicht einmal den Atomausstieg light à la Merkel und Co.

Wir haben Geschichte geschrieben

Drei Wochen nach der Standortbenennung Gorlebens als „Nukleares Entsorgungszentrum“ (NEZ) am 22. Februar 1977 versammelten sich 16 000 Menschen auf der gespenstischen Waldbrandfläche, wo der riesige Atommüllkomplex errichtet werden sollte. 1979 folgte der Bauerntreck nach

Wenn die Kommission baden geht, bricht der gesellschaftliche Konflikt um den Atommüll erneut auf.

Hannover. Am 31. März demonstrierten dort 100 000 Menschen gegen Atomkraft. Ministerpräsident Albrecht (CDU) befand daraufhin, dass eine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) politisch nicht durchsetzbar sei. Am Bau eines atomaren Zwischenlagers und des Atommüllendlagers in Gorleben wurde aber festgehalten.

Im Mai 1980 besetzten 5000 Menschen die Bohrstelle 1004 und errichteten ein Hüttendorf: die Republik Freies Wendland mit Wendenpass und eigener Radiostation. Vier Wochen später wurde das Dorf von einer Polizeiarmada gewaltsam geräumt.

Zwei Jahre nach Baubeginn des Zwischenlagers wurden am 8. Oktober 1984 die ersten Atommüllfässer aus dem AKW Stade per LKW angeliefert. Sitzblockierer konnten den Transport immer wieder stoppen.

Dabei landeten Blähfässer und Transnuklear-Müll im Fasslager. Im Januar 1988 schütteten Bauern Mutterboden in die Toreinfahrt des Zwischenlagers und pflanzten Bäume. 8000 Menschen demonstrierten im März 1988 gegen die Atomtransporte, die wie „geschmiert“ liefen. 1296 Fässer mussten darauf hin wieder ausgelagert und neu konditioniert werden.

Und schließlich die Ära der Castortransporte, zuerst jeweils einzeln im Frühjahr, später gebündelt im kalten November. Doch selbst die größten Polizeieinsätze in der Nachkriegsgeschichte mit bis zu 18 000 Beamt/-innen konnten den

Widerstand nicht bändigen. Aus der scheinbar ewigen Wiederholung des Castor-Spektakels wurde im Wendland die „fünfte Jahreszeit“. Ende August 2009 startete der größte Anti-AKW-Treck in der Geschichte der Bundesrepublik. Von Gorleben über Schacht Konrad, Asse II und Morsleben ging es nach Berlin. Am 5. September demonstrierten 40 000 Menschen und mehr als 400 Trecker in der Hauptstadt für den Atomausstieg und gegen Gorleben.

2011 schließlich war eine Art Höhepunkt der Proteste und des Widerstands, nachdem schon im Jahr zuvor, als die Laufzeitverlängerung unter CDU/FDP beschlossen und das Gorleben-Moratorium aufgehoben wurde, die Demo-Wellen hoch schlugen: Der 12. Castortransport im November 2010 brauchte daraufhin 92 Stunden. Bauern ketteten sich an einer Betonpyramide fest, zwei Greenpeace-Mitglieder an einem Betonblock in einem umgebauten Bierlastwagen.

Im Herbst 2011 kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen um den 13. Castortransport. 20 000 Menschen demonstrierten in Dannenberg für die Stilllegung aller Atomkraftwerke und gegen Gorleben als Atommüllendlager. Neuer vorläufiger Rekord: Der Konvoi mit dem Strahlenmüll brauchte 125 Stunden und 49 Minuten von La Hague bis ins Zwischenlager.

Und nun?

Erneut ruhen die Bauarbeiten unter Tage im so genannten Erkundungsbergwerk. Das Standortauswahlgesetz, das eine Endlagerung der radioaktiven Abfälle regeln soll, wurde 2013 verabschiedet. Mit allen beschriebenen „Schönheitsfehlern“: Es gab nicht etwa erst eine umfassende gesellschaftliche Debatte, sondern gleich das Gesetz. Es wurden nicht etwa die Fehler der Vergangenheit ad acta gelegt, sondern Gorleben blieb im Rennen.

Doch wie im Märchen vom Hasen und dem Igel, sagen wir: Wir sündal dor. Uns geht die Puste nicht aus.

Weitere Infos im Internet unter:
● www.gorleben-rundschau.de



Die Vorsitzenden der so genannten Endlagerkommission, Ursula Heinen-Esser und Michael Müller.



Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppe 1 in der so genannten Endlagerkommission, Hartmut Gaßner und Landesbischof Ralf Meister

Botschaft an die Kommission

Auf einem „Workshop zur Vorbereitung der Standortauswahl“ der so genannten Endlagerkommission wurde Mitte Januar durch Vertreter/-innen der Regionen folgende Erklärung abgegeben:

Grundlegende Voraussetzungen für eine mögliche Akzeptanz der Atommüllendlagersuche durch die Bevölkerung sind erstens die absolute Unumkehrbarkeit des Atomausstiegs und zweitens die Ersetzung der Atomenergie ausschließlich durch erneuerbare Energien.

Die bisherige Behandlung der Frage des Atomausstiegs ist von einem Hin und Her gekennzeichnet. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung erscheint es denkbar, dass die Existenz eines Endlagers zum Anlass genommen wird, den Atomausstieg wieder rückgängig zu machen, da die zuvor offene Endlagerfrage nun ja gelöst sei. Die große Mehrheit der Bevölkerung wünscht jedoch, den Irrweg in die gefährliche Atomenergie ein für alle Mal zu beenden und ist nur unter dieser Prämisse bereit, die Endlagersuche wohlwollend zu begleiten.

Der Sinn des Atomausstiegs kann nicht darin bestehen, dass die Atomkraft durch die Verbrennung fossiler Stoffe abgelöst wird, deren Schädwirkungen – durch Verursachung des Klimawandels – anders, aber keinesfalls geringer sind als die der Atomenergie. Es wäre widersinnig, das eine Übel durch ein anderes, nicht minder schlimmes, abzulösen. Vielmehr muss die Atomkraft durch erneuerbare Energien ersetzt werden, wie es der Befürwortung der Energiewende durch die Bevölkerung entspricht.

Hieran sollte gerade auch Wirtschaftsminister Gabriel erinnert werden, der weiterhin die Auffassung vertritt, dass man nicht gleichzeitig aus Atom und Kohle aussteigen könne und mit dieser Begründung einen Plan zum Kohleausstieg bis 2040 zurückgewiesen hat – im Gegensatz zum Umweltministerium, das diesen Plan begrüßt.

Die Absichtserklärungen der Pariser Weltklimakonferenz haben nur dann einen Sinn, wenn alle Anstrengungen unternommen werden, sie umzusetzen. Dies verlangt auf sämtlichen Gebieten Abweichungen vom „business as usual“ und Revision alter Überzeugungen.

Brief an die AG

Auszüge aus einem Brief von Adrian Arab und Cécile Marchand, den Jugendbotschafter/-innen in der Arbeitsgruppe 1 „Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz“ der Endlagerkommission, an deren Vorsitzende Kardinal Meister und Hartmut Gaßner. Der Brief entstand im Auftrag der Teilnehmer/-innen des Workshops „Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker/-innen“:

In jeder von uns Jugendbotschafter/-innen besuchten AG-Sitzung hatten wir den Eindruck, unsere Inhalte nicht deutlich genug vermitteln zu können. Unter anderem deshalb, weil die von uns eingebrachten Punkte gar nicht oder nicht ausreichend diskutiert wurden.

Als gewählte Botschafter/-innen des Beteiligungsworkshops „Junge Erwachsene und Beteiligungspraktiker/-innen“ und somit Vertreter/-innen jenes Querschnitts der Bevölkerung, der letztlich von allen Standortfragen direkt betroffen sein wird, sollte es [im] Interesse [der Kommission] liegen, dass die Ergebnisse der [...] drei Workshops nachhaltig Beachtung finden und auf diese Weise eine Feedbackkultur in die Arbeit der Kommission eingeführt wird. Wir legen Wert darauf, dass die AG 1 der Kommission durch die Diskussion unserer Vorschläge über die reine Kenntnisnahme hinausgeht.

[...]

Für uns und die anderen Teilnehmenden sind unsere [...] Vorschläge eine wichtige Voraussetzung dafür, dass eine Beteiligung bei der Endlagersuche erfolgreich gestaltet werden kann.

[...]

Wir versichern Ihnen, dass unsere Teilnehmenden mit einfachen Mitteln unheimlich motiviert werden und dies auf andere junge Leute in unserem Alter übertragen können – eine besondere Wertschätzung durch unseren Einfluss auf die Tagesordnung könnte daher Vorbildcharakter für weitere Beteiligungskonzepte in der Zukunft entfalten und beweisen, dass Beteiligung über warme Worte hinausgeht.



Die gar nicht mal so weiße Landkarte

Von der langen Suche nach einem atomaren Endlager

Standortauswahl Welche Kriterien muss eine Lagerstätte für hoch radioaktiven Müll erfüllen? Diese Frage soll die Endlagerkommission dem Bundestag bis Ende Juni in einem wissenschaftlich fundierten Bericht beantworten. Kommissionsmitglied Ulrich Kleemann, Mitglied der Grünen, Geologe und Behördenleiter aus Koblenz, sprach kürzlich im Interview mit Katharina de Mos vom Trierischen Volksfreund über Ausschlusskriterien, ambitionierte Zeitpläne und Fehler, die Frankreich derzeit macht.

Schon 100, 1000 oder 10 000 Jahre sind aus Menschensicht eine sehr lange Zeit. Der hoch radioaktive Müll jedoch, der derzeit in den deutschen Atomkraftwerken produziert wird, soll so gelagert werden, dass er für einen Zeitraum von einer Million Jahre keine Gefahr mehr darstellt. Für niemanden. Aber: Wie lässt dich so etwas garantieren? Antworten auf diese Frage erarbeitet aktuell die 33 Mitglieder starke Endlagerkommission. Bis Juni 2016 soll ihr Bericht vorliegen, der Grundlage für die neue Suche nach einem deutschen Endlagerstandort wird. Der Koblenzer Geologe Ulrich Kleemann, langjähriger Leiter der Abteilung Sicherheit nuklearer Entsorgung im Bundesamt für Strahlenschutz und derzeit Chef der rheinland-pfälzischen Umweltbehörde SGD Nord, beteiligt sich als Wissenschaftler daran, Kriterien für den Umgang mit den strahlenden Abfällen der Atomenergie zu definieren.

Trierischer Volksfreund: Herr Kleemann, wie kommt Ihre Kommission voran?

Ulrich Kleemann: Wir werden bis zum Sommer unseren Bericht vorlegen und sind mit einer hohen Schlagzahl am Werk. Die geologischen Kriterien sind weitgehend festgelegt. Wir haben auch schon ein Ablaufschema diskutiert, wie die Standortsuche gestaltet werden soll, und wir haben einen Beschluss über die zukünftige Behördenstruktur gefasst.

TV: Wie sehen die geologischen Kriterien für ein Endlager aus?

UK: Es gibt Ausschlusskriterien: Es darf zum Beispiel nicht in geologischen Störungszonen liegen oder in einem Gebiet mit vulka-

nischer Aktivität. Es gibt auch Mindestanforderungen: So muss das Gestein mindestens 100 Meter mächtig sein, es muss in mindestens 300 Metern und maximal 1500 Metern Tiefe liegen, und es darf nicht zu wasserdurchlässig sein. Und dann gibt es noch Abwägungskriterien, die einen Vergleich verschiedener Standorte ermöglichen: Wie gut hält ein Gestein Radionuklide zurück? Wie reagiert es auf Hitze?

TV: Welche Gesteine kommen denn in Frage?

UK: Salz-, Ton- und Kristallingesteine. Bei Kristallingesteinen kann es sinnvoll sein, das mit flach darüber lagernden Salz- oder Tongesteinen zu verbinden.

TV: Wo findet man die?

UK: Über ganz Deutschland verteilt. Aber in Norddeutschland recht konzentriert, weil dort große Tonvorkommen sind, die sich von der holländischen Grenze bis Berlin ziehen. Aber auch in Baden-Württemberg gibt es Tongestein. Die Salzstöcke liegen ebenfalls in Norddeutschland. Kristallingesteine gibt es in Bayern und Sachsen. Kristallin mit Überlagerung in Bayern, Hessen und Thüringen.

TV: Niemand will ein Endlager vor seiner Haustüre. Wie geht man bei der Suche mit den Sorgen und Protesten der Bürger um?

UK: Proteste wird man nicht vermeiden können. Entscheidend ist, dass die Menschen nachvollziehen können, dass der Standort nach objektiven, geologischen Kriterien ausgewählt wird. Das Problem war ja bisher – zum Beispiel in Gorleben – dass der Standort politisch festgelegt wurde. Das schafft Miss-



ben – dass der Standort politisch festgelegt wurde. Das schafft Misstrauen. Für alle Orte, die in die engere Auswahl kommen, wird es Regionalkonferenzen geben, bei denen die betroffenen Regionen mitentscheiden können.

TV: Und wie trifft man eine Auswahl?

UK: In einer ersten Phase werden mögliche Standortregionen anhand von geowissenschaftlichen Kriterien identifiziert. Die zweite Phase schließt ab mit Standorten für die untertägige Erkundung. Es werden wahrscheinlich zwei bis drei sein, die man in die engere Wahl nimmt. In der dritten Phase finden die untertägige Erkundung und der Standortvergleich statt. In jeder Phase wird es Regionalkonferenzen geben.

TV: Wie machen es unsere europäischen Nachbarn?

UK: Frankreich ist ein Beispiel, wie man es nicht machen sollte. Die haben den Standort relativ früh politisch festgelegt und fangen jetzt erst an, die Öffentlichkeit zu beteiligen, um festzustellen, dass es Widerstand gibt. Das ist keine

Auch unterirdische Erkundung wird Teil der Standort-suche sein.

Proteste wird man nicht vermeiden können

nachvollziehbare, objektive Entscheidung. Das derzeit größere Problem sind allerdings die laufenden Kraftwerke Cattenom und Tihange. Das bereitet schon Sorgen.

TV: Wie lange wird die Endlager-suche dauern?

UK: Laut Standortauswahlgesetz soll der Standort bis 2031 gefunden sein – also in nur 15 Jahren. Das ist sehr ambitioniert. In diesem Zeitraum muss ja auch die Erkundung über und unter Tage erfolgen. Aber wir müssen die radioaktiven Abfälle so schnell wie möglich unterbringen. Die Zwischenlagerung an den Kraftwerkstandorten ist von der Sicherheit her schlechter zu beurteilen als die Endlagerung.

TV: Und wann verschwindet der Atommüll dann endlich im Untergrund?

UK: Wir gehen davon aus, dass man 2050 mit der Einlagerung beginnen kann. Deshalb müssen wir uns auch über eine längere Zwischenlagerung Gedanken machen. *(Die Castorbehälter dürfen in den Zwischenlagern an den Atomkraftwerken jeweils maximal 40 Jahre lang liegen. Die Lager sind*

seit 2006 in Betrieb. Anm. d. Red.) Die Bundesregierung favorisiert ein zentrales Zwischenlager am Eingang des Endlagers. Das würde natürlich die Akzeptanz des Standortes nicht unbedingt verbessern. Deshalb plädieren wir dafür, die Zeit bis zur Einlagerung mit drei bis vier dezentralen Zwischenlagern zu überbrücken.

TV: Laut Bundesumweltministerium wird die Standortsuche zwei Milliarden Euro kosten. Das Endlager bis zur Stilllegung dann noch mal 7,7 Milliarden Euro. Wer soll das zahlen?

UK: Es ist ganz klar Zielsetzung der Kommission, dass die Verursacher der Abfälle – also die Energieversorger – die Kosten tragen. Es wird eine Fondslösung diskutiert oder eine sogenannte Bad Bank. Weil das strittig ist, hat das Bundeswirtschaftsministerium eine weitere Kommission ins Leben gerufen, die sich genau mit dieser Frage auseinandersetzt. Im Frühjahr müssten die Ergebnisse vorliegen, die wir dann in unseren Bericht integrieren.

Weitere Infos im Internet unter:
● www.gorleben-rundschau.de



Massenhaft Atom Müll

Da ein Endlager für hoch radioaktiven Müll bisher fehlt, muss dieser jahrzehntelang „zwischengelagert“ werden. Deutschland hat **drei zentrale Zwischenlager**: In Ahaus (Nordrhein-Westfalen) und Gorleben (Niedersachsen) lagern die Transportbehälter in Hallen aus Stahlbeton. Zudem gibt es auf dem Gelände des ehemaligen Atomkraftwerks bei Lubmin das Zwischenlager Nord. Darüber hinaus wurden an den Standorten der Atomkraftwerke **zwölf dezentrale Zwischenlager** gebaut. Die abgebrannten Brennelemente sollen dort in Castorbehältern maximal 40 Jahre trocken aufbewahrt werden. Für radioaktive Abfälle, die nur schwache Wärme produzieren, wird derzeit im **Schacht Konrad** bei Salzgitter ein Endlager errichtet. Ähnliche Abfälle finden sich im ehemaligen DDR-**Endlager Morsleben**, das stillgelegt werden soll. Ein großes Problem sind die radioaktiven Abfälle, die zwischen 1979 und 1995 im Versuchsendlager **Asse II** eingelagert wurden. Zweifel an der Standsicherheit gab es von Anfang an. 2008 fand man in dem ehemaligen Salzbergwerk radioaktiv kontaminierte Lauge und beschloss, sämtliche Abfälle zurückzuholen. Wo sie eingelagert werden sollen, ist ungewiss. Wegen des anhaftenden Salzes gelten sie als unkalkulierbares Risiko.

Die ungeliebte Kommission

Die 33 Mitglieder zählende „**Kommission Lagerung hoch radioakti-**

ver Abfallstoffe“ bereitet die neue Suche nach einem Endlager für hoch radioaktiven Abfall vor. Der Standort soll „die bestmögliche Sicherheit“ gewährleisten. Die Kommission entwickelt die dafür nötigen Regeln und Kriterien. Zu den Mitgliedern zählen acht Wissenschaftler, darunter Kleemann, sowie acht Vertreter der Gesellschaft (Gewerkschaften, Energieunternehmen, Volkswirte, Kirchenvertreter und Umweltverbände). Die übrigen 16 Mitglieder der Kommission sind je zur Hälfte Vertreter von Landesregierungen und der Bundestagsfraktionen. Die Ergebnisse fließen in einen Bericht an Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung ein. Die Grundlage für die neue Suche ist das am 1. Januar 2014 in Kraft getretene Standortauswahlgesetz.

Die Aufsicht

Künftig soll es eine neue Betreiberstruktur für Atom Mülllager geben. „Wir brauchen eine klare Trennung zwischen Betreiber und Aufsichtsbehörde. Derzeit ist das nicht eindeutig geklärt“, sagt Ulrich Kleemann, Mitglied der Endlagerkommission. Die Kommission hat daher beschlossen, dass es künftig eine Bundesgesellschaft geben soll, die das neue Endlager, perspektivisch aber auch alle anderen Atom Mülllager, betreibt. Das heißt: Sie übernimmt zentral Aufgaben, die nun die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE), die Asse GmbH, aber auch das Bundesamt für Strah-

Sitzung der so genannten Endlagerkommission in Berlin

lenschutz innehaben. Kontrolliert werden soll die Bundesgesellschaft vom neuen Bundesamt für kerntechnische Entsorgung.

Im Interview

Dr. Ulrich Kleemann (60) ist Präsident der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (SGD) in Koblenz. Der Geologe hat sich in seinem Berufsleben intensiv mit der Entsorgung radioaktiver Abfälle beschäftigt. Von 2004 bis 2010 leitete er den Fachbereich Sicherheit nuklearer Entsorgung im Bundesamt für Strahlenschutz. 2009 wechselte er als Technischer Geschäftsführer zur Asse GmbH, um ein Stilllegungskonzept zu koordinieren. Kurz zuvor war in der Schachanlage radioaktiv kontaminierte Salzlauge gefunden worden. 2010 zog Kleemann nach eigenem Bekunden die Reißleine, als die damalige Bundesregierung die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängerte, und arbeitete freiberuflich als Geologe. 2012 wurde das Grünen-Mitglied Leiter der Umweltbehörde, die landesweit über 450 Menschen beschäftigt. Ob er dies bleibt, wird davon abhängen, ob die Grünen nach den Wahlen noch Teil der Landesregierung sind.

Im Herbst 2011 hat Kleemann im Auftrag der Rechtshilfe Gorleben eine Studie zur Eignung des Salzstocks Gorleben als Endlagerstandort erstellt. Darin kam er zu dem eindeutigen Ergebnis, dass Gorleben schon in einer frühen Phase eines Auswahlverfahrens ausscheiden muss.

Die Zwischenlagerung ist gefährlicher als die Endlagerung



Avanti Popolo

Bürgerbeteiligung zwischen Mitmachfalle und Demokratiegewinn

Standortauswahl In Gorleben, an anderen Atomstandorten und bei Industrieansiedlungen gibt es schlechte Erfahrungen mit Angeboten von Öffentlichkeitsbeteiligung. Der „Bürgerdialog Kernenergie“ Anfang der Achtzigerjahre beispielsweise war ein durchsetzungsorientiertes Werbeprojekt. Die „Dialogangebote“ verschiedener Umweltminister wie Norbert Röttgen oder Peter Altmaier wurden als „Mogelpackung“ abgelehnt. Was aber unterscheidet solcherlei „Scheinbeteiligung“ von einer partizipativen Beteiligung, die ein Demokratiegewinn sein kann? Von Ulrike Donat

Überall im Land wird mehr Mitsprache, mehr Demokratie, mehr Partizipation gefordert. Dabei gibt es verschiedene Ziele für die Beteiligung der Öffentlichkeit.

1. Ziel: Qualitätsgewinn

In Verwaltungsverfahren zur Plan- aufstellung wird eine so genannte frühe Öffentlichkeitsbeteiligung angeboten mit dem Ziel, frühzeitig die beteiligten Interessen zu erkunden und so einen Qualitätsgewinn in der Planung zu erzielen. Mögliche Interessenkonflikte vorher zu sehen spart Fehlplanungen und Zeit. Das ist erst einmal nichts Schlechtes, es kommt darauf an, wie es dann weiter geht und wel-

chen Einfluss die Mitarbeit auf das Ergebnis hat oder haben kann. Diese Phase der Vorklärung mit der Bevölkerung wurde bei der „neuen“ Endlagersuche mal eben übersprungen.

2. Ziel: Akzeptanz

Politiker favorisieren den „Dialog“, um Politikverdrossenheit entgegen zu wirken und Akzeptanz zu erreichen. Ein echter Dialog ist ein möglichst gleichberechtigter Austausch, in dem beide einander zuhören und gemeinsame Ergebnisse suchen. Unter Politikern hat sich aber eine einseitige Kommunikation „top down“ unter diesem Labeleingeschlichen-der-„bottom

up“-Teil fällt unter den Tisch. Ein Dialog aber, in dem einer sendet und die anderen hören sollen, in dem die Ergebnisse von vornherein feststehen, verdient diesen Namen nicht und gehört in die Abteilung „Durchgefallen!“ Es geht also um echte Mitsprache und Ergebniswirksamkeit. Viele Angebote der Politik im Gorleben-Konflikt trugen diesen Charakter des „einseitigen Dialogs“ und wurden von Anti-Atom-Aktivisten im Wendland mit grimmigem Augenzwinkern als „Dialüg“ bezeichnet.

3. Ziel: Legitimität

Politik möchte auch Legitimität durch Beteiligung erreichen. Legi-

timität entsteht nicht durch Gesetze (Legalität) allein, sondern bezieht sich auf die Bewahrung grundlegender gemeinsamer Werte. Dieses Ziel ist akzeptabel, wenn auch die Beteiligungsformen darauf ausgerichtet sind, Werte zu erforschen und ihnen zur Durchsetzung zu verhelfen. Dies setzt echte Partizipation voraus, bei der das Verfahren gemeinsam bestimmt wird und die Ergebnisse zumindest teilweise, jedenfalls aber in den Streitfragen offen sind, so dass das Beteiligungsverfahren darauf tatsächlich Einfluss hat. Dies ist zum Beispiel in der Endlagersuche nicht gegeben, solange Gorleben nicht ausgeschieden ist, denn die Vorfestlegung durch den Erkundungsvorsprung lässt sich nicht rückgängig machen und die Einengung der Themen auf tiefengeologische Endlagerung nimmt das Ergebnis vorweg, statt es offen zu diskutieren. Echte Mitsprache der Bürger wäre dagegen ein Element direkter Demokratie, also ein emanzipatorischer Gewinn.

4. Ziel: Kontrolle

Schließlich dient eine gute Beteiligung auch der Kontrolle von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik – das kennt die Anti-Atom-Bewegung aus eigener Anschauung, denn die Kontrollfunktion gegen unverantwortliche Risiken durch die Atomenergie haben immer die Atomgegner und nicht die dazu berufenen Entscheider ausgeübt. Die eigentlich Verantwortlichen haben sich dagegen auf das atomare Abenteuer eingelassen – ohne Rücksicht auf die langfristigen Folgen. Gelingt Kontrolle durch Beteiligung, könnte dies nicht nur ethische Aspekte in komplexen Verfahren durchsetzen, sondern auch Korruption vorbeugen. Der Kontrollaspekt ist umso wichtiger, je weniger Rechtsschutzinstrumente greifen, etwa weil die Klagebefugnis für kommende Generationen von den Gerichten verneint wird.

Ergebnisoffen und ergebniswirksam

Grundlegend für ein gutes Beteiligungsverfahren ist, dass es et-

was gemeinsam zu entscheiden gibt. Die Ergebnisse dürfen daher nicht von vornherein feststehen, sonst geht es nur um Akzeptanzbeschaffung und Befriedung, aber nicht um einen demokratischen Prozess. Hier liegt auch der Grund für die Absage einer Beteiligung der Anti-Atom-Bewegung zur Mitarbeit in der so genannten Endlagerkommission: Sowohl das Verfahren selbst als auch die Themen und Lageroptionen standen schon vor Arbeitsbeginn der Kommission unverrückbar fest – zu viele Lobbyisten saßen am Tisch.

Es gibt jedoch auch gute Beispiele von Öffentlichkeitsbeteiligung, bei dem nur einige Themen offen, andere bereits gesetzt sind – auch das kann sinnvoll sein, sofern es nur ausreichend Offenheit für gemeinsam gestaltete Lösungen gibt, die verhandelt werden können. Es reicht aber nicht, wenn man nur über die Fassadengestaltung eines Risikobaus mitbestimmen darf. Es geht schon um die Mitsprache zum Kern der Probleme. Dieser Spielraum der Mitentscheidung und seine Grenzen müssen von Anfang an offen kommuniziert werden. Man darf nicht Beteiligung versprechen, wenn keine Mitsprache drin ist.

Mitmachen lohnt sich nur, wenn Ergebniswirksamkeit gegeben ist, wenn also das Verfahren und das Miteinanderso gestaltet sind, dass alle Einfluss auf das Ergebnis haben: durch gemeinsame Themenfindung, durch Gehörtwerden in der Sache, durch Einfluss auf das Verfahren und Einfluss auf die letztendlichen Ergebnisse. Sind die Vorgaben zu eng, lohnt sich Mitmachen nicht. Mitmachen kostet Zeit, und man muss immer abwägen, ob man außerhalb des Beteiligungsverfahrens durch Öffentlichkeitsarbeit, Kritik oder Protest mehr Ergebniswirksamkeit erzielen kann, als durch die angebotene Beteiligung. Daher ist Ergebniswirksamkeit und genug Ergebnisoffenheit und Mitsprachemöglichkeit essentiell für die Entscheidung: Mitmachen oder draußen bleiben. Die Anti-Atom-Bewegung und insbesondere die Gorleben-Gegner haben sich im Frühjahr 2014 entschieden, draußen zu bleiben.

Sinn von Beteiligung ist, Kreativität für Lösungsideen zu wecken

Zeitdruck und Alternativlosigkeit

Die Argumentation mit Zeitdruck ist ein Misstrauensfaktor – vielleicht solleneinemhierschnellebillige Lösungen untergejubelt werden? Es gibt echten Zeitdruck, aber dann ist es sinnvoller, schnelle Zwischenlösungen zu verhandeln und dem eigentlichen Prozess der Zusammenarbeit Zeit und Raum zu geben. Beliebt ist auch, bestimmte Teillösungen als „alternativlos“ bereits zu Beginn fest zu setzen. Sinn von Beteiligung ist aber gerade, Kreativität für möglichst viele Lösungsideen zu wecken, um so zu neuen, besseren Lösungen zu gelangen statt zu einem „weiter wie bisher“. Das ist das Gegenteil von Ergebnisoffenheit und ergebniswirksamer Beteiligung. Daher gilt: Alternativlos = höchste Misstrauensstufe!

Neutrale akzeptierte Moderation

In Konfliktlösungsverfahren sind Neutralität und Allparteilichkeit der Moderation zentral. In von Politik und Verwaltung angebotenen Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung ist dies noch nicht als Standard angekommen. Oft übernehmen Politik oder Verwaltung selbst die Durchführung und Leitung – dann ist eine (potenzielle) Konfliktpartei zugleich Verfahrensleitung. Das ist keine gute Idee, denn die Unparteilichkeit der Moderation ist Erfolgsfaktor und Fairnessgebot. Oder die Politik bestimmt selbst die Leitung und wählt dann oft verdiente Kämpfer aus den eigenen Reihen, bei denen die Neutralität ebenfalls fraglich ist. Das kann gut gehen, wenn es honorige Persönlichkeiten sind, die von allen akzeptiert werden. Sinnvoller aber ist eine externe, professionelle, von allen gewählte oder akzeptierte Moderation. Politik und Verwaltung transportieren immer ihren eigenen wertenden Stil in die Moderation, während professionelle Konfliktexperten mit Supervision geschult sind und trainiert, die Kommunikation zu fördern statt die eigenen Vorstellungen durchzubringen. Sie sind auch erfahren in transparenter Kommunikation statt im strategischen Ränkeschmieden.

Wer wird beteiligt

In der Konfliktforschung und Konfliktmoderation gibt es den Grundsatz: Die Richtigen sitzen am Tisch. Verstanden wird das so, dass alle Konfliktbeteiligten sich zusammensetzen sollen. Das sind alle, die vom Ergebnis betroffen sind oder sonst Einfluss auf das Ergebnis haben, etwa durch Rechtspositionen. Die Erfahrung zeigt, dass es Gift für das Gelingen von Beteiligungsprozessen ist, wenn die Beteiligten einseitig bestimmt werden, wenn Hardliner-Lobbyisten und Interessenvertreter von einer Seite zu viel Mitsprache bekommen. Negativ kann sich auch auswirken, wenn Personen als Vertreter entsandt werden, die in der Vergangenheit verantwortlich waren für umstrittene Entscheidungen. Möglichst von allen Seiten akzeptierte Vertreter sind eine gute Voraussetzung. Üblich ist aber, dass jede beteiligte Partei ihre eigenen Vertreter entsendet. Dann kommt es darauf an, dass jede Seite durch die Verfahrensgestaltung Einfluss auf die Themen und die Ergebnisse nehmen kann, sonst werden einige über den Tisch gezogen. Nur wenn wirklich alle an Kooperation interessiert sind oder jedenfalls das Beteiligungsverfahren ausreichend Sog für eine gemeinsam gestaltete Lösung entwickeln kann, ergibt Beteiligung einen Sinn. Sonst bleibt die Option: wieder aussteigen.

Transparenz und Informationszugang

Wer gute Entscheidungen treffen soll, muss gut, vollständig und richtig informiert sein. Sonst entstehen aus Wissenslücken neue schlechte Entscheidungen, oder Entscheidungen sind nicht nachhaltig, wenn später fehlende Aspekte ans Licht kommen. Das ist aus der Geschichte der Atomenergie hinreichend bekannt. Alle wesentlichen Unterlagen, Erkenntnisse und Expertisen müssen daher für alle wesentlichen Beteiligten zugänglich und transparent sein. Dazu gehört das Recht auf Akteneinsicht, aber in komplexen Fragestellungen auch die Möglichkeit, eigene Wissenschaftler zu benen-

Parallel laufende Gerichtsprozesse sind Gift



nen, eigenen Rechtsrat einzuholen und die nötige finanzielle Unabhängigkeit hierzu. Sonst dominiert die (scheinbar) „wissende“ Partei die „Unwissenden“. Unter diesem Aspekt stellt sich auch die Frage, ob in einem schwierigen Feld wie der Atommüllverwahrung die Heranziehung von „Zufallsbürgern“ eine gute Idee ist, denn es braucht viel Wissen und viel Erfahrung, um auf Augenhöhe komplexe wissenschaftlich-technisch-politisch-wirtschaftliche Fragen zu beraten. „Zufallsbürger“ repräsentieren den Querschnitt der Bevölkerung und sind also grundsätzlich ein demokratischer Zugang. Wissen und bereits durch Engagement erworbenes Verständnis für die Materie können in komplexen Feldern aber wichtiger sein, wenn man zu guten Ergebnissen für die Zukunft kommen will. Geheimhaltungsbedürfnissen kann man Rechnung tragen, indem ausgewählten Vertretern der Zugang zu vertraulichen Informationen gewährt wird.

Beteiligungsformate, Prozess und Phasenmodell

Häufig wird Öffentlichkeitsbeteiligung über möglichst gut klingende Veranstaltungsformate diskutiert: Fokusgruppen, World Café und Ähnliches. Bei der Güteprüfung geht es aber nicht um Formate, sondern um den wahrhaft demokratischen Geist, die Ergebniswirksamkeit und die Kommunikation über die eigentlichen Themen. Beteiligungsformate sind das Ergebnis, wenn man weiß,

wen man wann wofür und wozu beteiligen will. Große Informationsveranstaltungen können Interesse wecken beim Kick-Off oder sinnvoll sein, wenn Ergebnisoptionen breit beraten werden sollen. Dazwischen sind Formate, die Gruppenarbeit an speziellen Problemen ermöglichen, oft sinnvoller. All das muss aber von professionellen Begleitern in einem Gesamtprozess organisiert und immer wieder mit den beteiligten Gruppen abgestimmt werden. Ein Gesamtprozess denkt in Phasen ähnlich der Mediationsphasen: Arbeitsbündnis - Themensammlung und Informationsbeschaffung - Interessenermittlung - Lösungsoptionen - Vereinbarungen - Umsetzung der Vereinbarungen. Ein Gesamtprozess wacht über die Einhaltung wesentlicher Prinzipien wie Allparteilichkeit, Fairness, Transparenz und Vertraulichkeit. Es braucht Zeit für die Auswertung von Veranstaltungen, und es braucht die Möglichkeit zu Rücksprüngen im Verfahren, wenn neue Probleme auftauchen oder eingeschlagene Wege sich als Sackgassen erweisen. Manchmal braucht es echte Konfliktmediation an bestimmten Wegkreuzungen. Absolutes Gift für Beteiligungsprozesse sind parallel laufende Gerichtsprozesse zu den gleichen Streitthemen.

Konsens und Vetorechte

Die Verpflichtung auf Entscheidungen im Konsens fördert die Lösungsorientierung und das Vertrauen in die Zusammenarbeit.



Wo immer möglich, sollte das Konsensprinzip bestimmend sein. Politiker denken oft, dann gäbe es keine Lösung, denn irgendwer sei immerdagegen. Die Erfahrung von Konfliktexperten ist eine andere. Konsensprinzip heißt nicht notwendig Ja oder Nein in Übereinstimmung, sondern man kann auch gut mit Konsensstufen arbeiten: „Ich bin voll dafür“ - „Ich bin mit Bedenken dafür“ - „Ich enthalte mich, aber trage das Ergebnis mit“ - „Ich habe Bedenken, aber akzeptiere das Ergebnis ohne eigene Mitarbeit“ - „Ich lege Veto ein“. Diese Denkweise hat sich in konfliktbeladenen Entwicklungsprozessen bewährt. Ebenso hat sich bewährt, dass eine vorläufige Zustimmung zu einem Teilbereich noch keine Zustimmung für das Endergebnis bedeuten muss. Veto-rechte befördern die Verpflichtung auf eine gemeinsam getragene Lösung und können einer kleinen Partei für wesentliche Rechte eine starke Stellung geben. Vetorechte können aber auch den gesamten Prozess blockieren, daher sollten sie sparsam verteilt werden oder nur den Inhalt haben: „Nein, so nicht weiter, zurück auf die letzte Stufe und noch einmal neu denken.“

Volksabstimmung

In der Idee sind Volksabstimmungen ein Gewinn an direkter Demokratie. In der Praxis führen sie oft zu einer Vertiefung der Gräben, aber nicht immer zu besseren Lösungen. Rein binäre Entscheidungen zwischen Ja und Nein polarisieren.

Das Ergebnis ist oft von der Formulierung der Fragestellung abhängig, hier gibt es viele Manipulationsmöglichkeiten, wie aus den Erfahrungen in den Bundesländern bekannt ist. Volksabstimmungen taugen, wenn es um eine wirkliche Ja-Nein-Entscheidung geht, wie etwa bei der Frage, ob Olympia in Deutschland stattfinden soll. Sie sind eher kontraproduktiv in komplexen Entscheidungsfeldern, weil für die Entscheidung sehr vereinfachte Fragestellungen erzeugt werden müssen, die die Probleme nicht wirklich abbilden. Zudem hat die Seite mit dem besseren Zugang zu Werbung und Medien häufig die Deutungshoheit. Hier kann Finanzmacht statt Inhalte entscheidend werden. Volksabstimmungen und Meinungsumfragen können aber gut als politisches Druckmittel benutzt werden.

Fazit

Die Anti-Atom-Bewegung hat viele Erfahrungen, aber die Politik tut in der so genannten Endlagerkommission so, als könne man bei Null anfangen. Willfähige „Beteiligungsexperten“ ignorieren vorhandene Konflikte, vorhandene Erfahrungen, vorhandene Kompetenz. Doch wird dieses Wissen noch gebraucht werden für die notwendigen Rücksprünge, wenn sich weitere Entscheidungen als fehlbar herausstellen (das ist vorhersehbar). Es gab mehr als genug Alibi-Veranstaltungen und Simulationstheater, nötig ist eine demokratische Konfliktkultur für bessere Ergebnisse und einen guten Generationentransfer.

All die, die sich schon lange mit Atomprotest und Atommüll beschäftigen, sind aus Erfahrung klug und sollten gehört werden. Dazu reicht weder ein Dokumentarfilm noch die Vereinnahmung der Widerstandsarchive – es fehlen echte Partizipationsangebote.

Darum lehnt die Anti-Atom-Bewegung die Mitarbeit in der so genannten Endlagerkommission ab:

- Limitierung der Laufzeit der Kommission auf zwei Jahre statt „bis alle Fragen geklärt sind“
- Erlass des Standortauswahlgesetzes statt vorheriger breiter gesellschaftlicher Debatte. Dadurch keine Mitsprache bei der Gestaltung des Verfahrens
- Die Kommission bietet nur informatorische Beteiligung statt echter Gestaltungsmöglichkeit.
- Eine Aufarbeitung der Fehler der Vergangenheit war und ist nicht gewünscht.
- Es gibt unterschiedliche Forschungsstände bei den in Frage kommenden Wirtsgesteinen.
- Die Zusammensetzung der Kommission ist ungerecht und nicht repräsentativ.



Salzstöcke doch nicht für Endlager geeignet?

Studie: Auch ohne Mikrorisse kann das Salz durchlässig werden

Steinsalz In der GR-Serie „Endlagermedium“ stellen wir eigentlich Alternativen zur in Deutschland immer noch favorisierten „Salzlinie“ vor. Doch heute müssen wir einen Rücksprung machen, denn Salzstöcke sind offenbar noch durchlässiger als bisher gedacht: Geraten die Salzvorkommen unter Druck oder werden sie deformiert, dann bilden sich winzige Kanälchen im Salz, die Wasser und andere Stoffe durchlassen. Belege dafür fanden Forscher sowohl in Bohrlöchern als auch bei Laborversuchen. Das aber könnte bedeuten, dass Salzstöcke als Endlager für Atommüll nicht geeignet sind, berichten die Wissenschaftler im amerikanischen Fachmagazin „Science“.

Wohin mit dem Atommüll? Diese Frage treibt Regierungen und Kraftwerksbetreiber in vielen Ländern um. Denn bisher gibt es nirgendwo eine optimale Lösung für die dauerhafte Lagerung von hochradioaktiven Abfällen. Und schon jetzt haben viele ältere Behälter und Fässer mit Atommüll Schäden und Lecks. Auch aus den im Zwischenlager Gorleben überirdisch gelagerten Castoren tritt Strahlung aus.

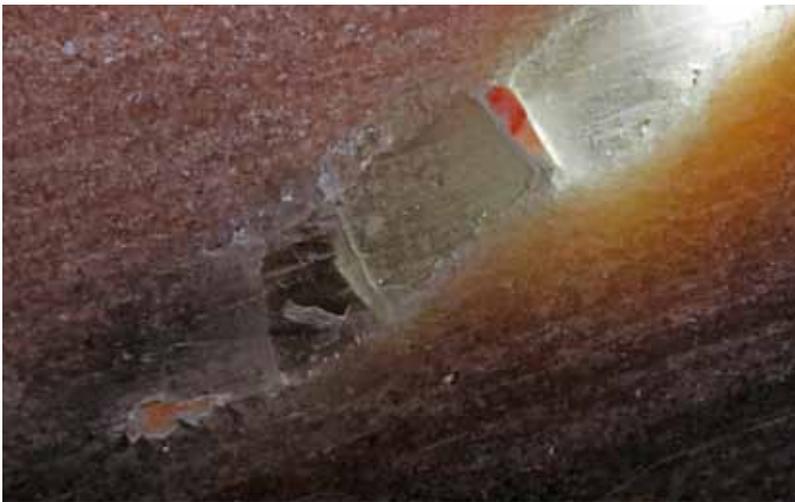
Auf der Suche nach einem Atommüll-Endlager gelten bisher vor allem Salzstöcke, Granit und Ton als vielversprechende geologische Formationen. Denn diese sind gegenüber Grundwasser

und anderen Flüssigkeiten undurchlässig – meistens jedenfalls. Solange es keine tektonischen Verwerfungen oder Risse im Gestein gibt, sollen sie verhindern können, dass radioaktives Material austritt. Auch der Salzstock von Gorleben war daher lange auf der Auswahlliste für einen Endlagerstandort. (Anm. d. Red.: Eine solche Liste hat es nie gegeben. Bis heute ist Gorleben der einzige benannte mögliche Standort.)

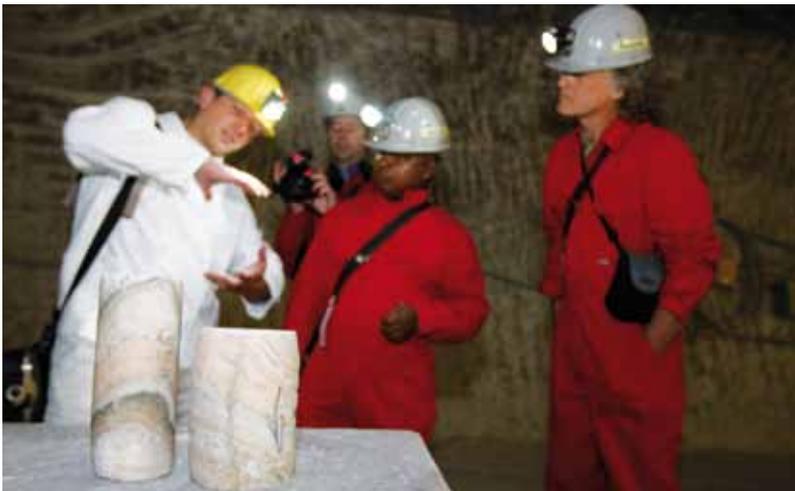
Doch Soheil Ghanbarzadeh und seine Kollegen von der University of Texas in Austin haben nun neue Erkenntnisse zum Salzverhalten gewonnen, die eine Eignung von Salzstöcken als Endlager in Frage

stellt. Die ersten Indizien lieferte eine Untersuchung der Erdöl- und Salzlaugenverteilung in 48 Bohrlöchern, die der Ölkonzern Statoil im Golf von Mexiko gebohrt hatte.

Messungen der elektrischen Leitfähigkeit ergaben, dass das umgebende Salz im unteren Drittel der Bohrlöcher porös war. Sowohl Sole als auch Erdgas aus größerer Tiefe konnten durch winzige Kanälchen im Salz diffundieren und sich im Bohrloch sammeln. Wie die Forscher berichten, können bei sehr hohem Druck in der Tiefe Mikrorisse im Salzgestein entstehen, die solche Porenkanälchen öffnen.



Allen Zweifeln zum Trotz: Der Salzstock Gorleben ist der einzige benannte Standort für ein deutsches Atomülllager.



Unter Licht wird die Inhomogenität des Gorlebener Salzes sichtbar.

Bohrkerne aus dem Salzstock Gorleben.

„Bisher hat man diese Mikrobrüche vor allem im gestörten Gestein rund um die Grubenöffnungen von Salzminen oder Atomüll-Lagerstätten beobachtet“, erklären Ghanbarzadeh und seine Kollegen. Doch in ihrer Feldstudie stießen sie auch in geringeren Tiefen und bei ungestörtem Gestein auf eine erhöhte Durchlässigkeit des Salzes. Um der Sache nachzugehen, führten die Wissenschaftler Laborversuche durch, bei denen sie die Salzstruktur unter verschiedenen Bedingungen mittels Mikro-Computertomografie untersuchten. Das Ergebnis: „Eine Deformation kann die Permeabilität (*Durchlässigkeit; A.d.R.*) des Salzes selbst in Abwesenheit von Mikrorissen erhöhen“, berichten die Forscher. Schon die natürliche Verformung der Salzstöcke im Untergrund kann winzige, isolierte Poren zwischen den Salzkristallen dehnen und sie dadurch untereinander in Kontakt bringen. Selbst Konfigurationen, die wegen des flachen Winkels zwischen den Kristallen

als dicht galten, können dann durchlässig werden, so die Wissenschaftler.

„Die entscheidende Botschaft ist, dass Salz selbst in Abwesenheit von Bergbau-Aktivitäten durchlässig werden kann“, betont Ko-Autor Marc Hesse. Wie viel Lauge dabei durch das neu entstehende Netzwerk von Poren im Salz strömen kann, müssen die Forscher zwar noch genauer untersuchen. Ihrer Ansicht nach muss diese neuentdeckte Schwäche von Salzstöcken jedoch bei der Suche nach einem Endlager für Atomüll unbedingt berücksichtigt werden.

„Die neuen Informationen sagen uns, dass es eine potenzielle Durchlässigkeit gibt. Dies sollte daher mit einbezogen werden, wenn man entscheidet, wo und wie atomarer Abfall gelagert werden soll“, sagt Hesses Kollegin Maša Prodanovic. „Und wenn es in einem Salzstock schon ein Lager von Atomüll gibt, dann sollte man dieses anhand der neuen Daten re-evaluieren.“



Kommentar der Bürgerinitiative

Bisher wurde in Deutschland in erster Linie Steinsalz als eine mögliche Gesteinsformation betrachtet, in der in großen Tiefen hochradioaktiver Müll eingelagert werden kann. Andere Länder setzen schon lange auf Ton oder Granit oder ziehen – wie zum Beispiel die USA – auch die Lagerung des Nuklearabfalls in tiefen Bohrlöchern in Betracht.

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) sieht sich durch die amerikanischen Forschungsergebnisse in ihrer Kritik an der deutschen „Salzlinie“ bestätigt. Ins Feld geführt wurde von den Befürwortern bisher, dass Steinsalz sich plastisch verhalte und Hohlräume zuwüchsen. Gegner/innen aber verwiesen auf mögliche Rissbildungen unter Wärmeeinfluss, die Ausdehnung des Salzkörpers durch die Hitze und das Hinfließen von Flüssigkeit in Richtung Wärmequelle.

In Gorleben geht es im Wissenschaftlerstreit aber auch noch um eine Vielzahl anderer Einwände: um Kohlenwasserstoffe, Permafrostisse, Subrosion und Störungszonen.

Nun aber bricht das Hauptargument der Befürworter weg. BI-Pressesprecher Wolfgang Ehmke: „Wir stehen aus unserer Sicht erst am Anfang der Endlagerforschung und nicht vor Entscheidungen, die nicht mehr reversibel sind. Gespannt darf man sein, ob die Endlagerkommission bei dem enormen Zeitdruck, den sie nicht in Frage stellt, in der Lage ist, derartige wissenschaftliche Hinweise zu berücksichtigen oder ob sie unbeirrt an der Tiefengeologie und vor allem an Salz als Endlagerformation festhält.“

Weitere Infos im Internet unter:
 ● www.gorleben-rundschau.de

Salz kann auch ohne Bergbau-Aktivitäten durchlässig werden



Der steinige Weg zur Energiewende

Wie der Erfolg von Windkraft, Sonnenenergie und Biomasse gesichert werden kann

Erneuerbare Welche Bilanz können wir heute von der Energiewende ziehen? Wie geht es weiter, was ist zu tun, damit sie eine wirkliche Erfolgsgeschichte wird? Dazu referierte Ursula Sladek, Stromrebellin der bürgereigenen Elektrizitätswerke Schönau, auf dem IPPNW-Kongress anlässlich der Jahrestage der Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima.

Der GAU von Fukushima vor fünf Jahren blieb auch in Deutschland nicht ohne Folgen: Unsere Bundeskanzlerin rief das Ende des Atomzeitalters aus: „Wenn selbst ein technologisch so hoch entwickeltes Land wie Japan nicht dazu in der Lage ist, die Atomtechnologie zu beherrschen, dann kann die einzige Konsequenz nur der schnellstmögliche Ausstieg aus der Atomenergie sein.“ Ohne den jahrelangen Druck durch die Bürger und den Widerstand der deutschen Anti-Atom-Bewegung gegen die Nuklearindustrie wäre diese Entscheidung wohl nicht so schnell getroffen worden – immer wieder sehen wir, wie wichtig der Bürger, der Mensch bei großen gesellschaftlichen Veränderungen ist. Den gigantischen Zubau der Erneuerbaren auf nunmehr knapp 30 Prozent des Bruttostromverbrauchs verdanken wir in erster Linie dem Erneuerbaren Energien

Gesetz (EEG). In zweiter Linie den Bürgern, die einfach gehandelt haben, die Photovoltaikanlagen auf das Dach montiert, gemeinsam ein Windrad errichtet und in die Zukunft investiert haben. Der Bürger ist zu mehr bereit. Doch unter dem Druck der großen Energieversorger auf die Politik hat sich einiges geändert. Nicht mehr so schnell soll die Energiewende vonstatten gehen, ein ganzes Instrumentarium wurde im EEG 2014 zur Verlangsamung der Energiewende geschaffen, und aktuell hat sich schon wieder eine Gruppe Abgeordneter der CDU an die Regierung gewandt mit der Forderung nach einer weiteren massiven Kürzung und Verlangsamung des Ausbaus der erneuerbaren Energien.

Dies geschieht, obwohl Klimafor-scher uns eindringlich auffordern, die Energiewende nicht zu bremsen, sondern im Gegenteil ange-

sichts der globalen Bedrohung durch die Klimaerwärmung zu beschleunigen. Der Ausbau der Photovoltaik ist im Jahr 2015 in Deutschland sehr deutlich eingebrochen, verursacht durch die Notwendigkeit von Ausschreibungen, die EEG-Umlagenbelastung und den immer größer werdenden bürokratischen Aufwand. Mit dem Wechsel hin zu Ausschreibungen durch die EEG-Novelle 2016 ist bei der Windkraft das gleiche zu befürchten. Schon jetzt stagniert das Repowering, weil die Akteure massiv verunsichert sind. Hier wird deutlich, welche Auswirkungen es hat, wenn die Politik nicht den geeigneten Spielraum für Veränderungen schafft, aber so ist das von der Politik wohl auch gewollt: Das Thema „Energieproduktion“ soll wieder bei den großen Energieversorgern angesiedelt werden, wohingegen Bürgergesellschaften, Genossenschaften

und andere entgegen aller anders lautender Beteuerungen weitgehend außen vor bleiben sollen.

Die EEG Novellierung 2014 und die geplante Novellierung 2016 zeigen an zwei ganz entscheidenden Stellen, was falsch läuft bei der Energiewende: Die Politik setzt die Energiewende nicht konsequent und kraftvoll um und lässt außer Acht, dass sie nur zusammen mit den Bürgern gelingen kann.

Wir haben bis jetzt viel erreicht. Doch die anfängliche Dynamik der Energiewende lässt spürbar nach, und die auf dem Pariser Gipfel proklamierten Ziele werden so kaum erreicht werden können. Der Atomausstieg, die Energiewende ist gefährdet. Ein reduzierter Zubau an Erneuerbaren wie von der Regierung geplant, kann nicht einmal die Atomstromerzeugung ersetzen, geschweige denn einen Kohlestromausstieg möglich machen. Die Schwäche der Politik, die sich dem Druck der Wirtschaft beugt und sinnvolle Maßnahmen wie die Reform des Emissionshandelswesens oder die Neugestaltung des Strommarktdesigns erst gar nicht in Angriff nimmt oder gar die geplante Kohleabgabe wieder rückgängig macht, wirkt dem Gelingen der Energiewende mächtig entgegen.

Diese Inkonsequenz bei der Umsetzung der Energiewende wird seit Jahren begleitet von einer populistischen Debatte um steigende Strompreise, die den Bürgern diese Vorgehensweise schmackhaft machen soll. Anstatt bei der Bevölkerung um Akzeptanz für die Energiewende zu werben, wird genau das Gegenteil versucht: Die Erneuerbaren Energien werden immer wieder als Preistreiber hingestellt, um die Verlangsamung beim Ausbau mit den angeblichen Interessen der Stromkunden zu rechtfertigen. Interessant ist ein Diskussionspapier von Prof. Dr. Jürgen Karl vom Lehrstuhl für Energieverfahrenstechnik der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, das im Auftrag von Siemens erstellt wurde. Auf der Basis historischer Daten der europäischen Strombörse EEX errechneten die Wissenschaftler, wie sich Strompreise für Privathaushalte und gewerbliche



Autorin Ursula Sladek

Kunden entwickelt hätten, wären nach dem Unglück von Fukushima in den Jahren 2011 bis 2013 keine Erneuerbaren Energien für die Stromerzeugung verfügbar gewesen. Das Ergebnis der Studie: Auch ohne den massiven Zubau Erneuerbarer Energien wäre es zu erheblichen Preissteigerungen an den Strommärkten gekommen, der Haushalts- und Gewerbestrompreis hätte in etwa dem aktuellen Preis entsprochen, die Industrie würde erheblich mehr zahlen...

Was ist zu tun? Strompreisdebatte beenden!

Von der EEG-Umlage landet nicht einmal die Hälfte bei den Produzenten der Erneuerbaren Energien Anlagen. Der Rest sind so genannte „Sonstige Kosten“, die im Wesentlichen auf den Rückgang der Börsenstrompreise zurückzuführen sind – und auf Industrieprivilegien, also die weitgehende Befreiung der stromintensiven Industrie von der Umlage. Jedes Jahr fließen für Öl, Gas und Steinkohle zwischen 70 und 80 Milliarden Euro ins Ausland – Geld, das mit der Steigerung der Erneuerbaren Energien zunehmend in Deutschland bleibt und hier bei uns Arbeitsplätze und Wirtschaft fördert.

Was ist zu tun? Die Energiewende ist kein Problem, sondern eine lösbare Aufgabe!

Das heißt dann aber auch, dass Partikularinteressen, die dem entgegenstehen, nicht mehr berück-

sichtigt werden können. Dass weder die Autoindustrie noch die Kohlekraftwerksbetreiber Sonderregelungen für ungeminderten Ausstoß von Klimagas bekommen. Das heißt auch, dass die Flugindustrie endlich besteuert werden muss und die klimaschädlichste Art zu reisen nicht noch durch Steuerbegünstigungen belohnt werden darf, um nur ein paar Dinge zu nennen.

Was ist zu tun? Schluss mit den Mythen der Atomenergie!

„Kernkraftwerke sind Klimaschützer vom Anfang der Urangewinnung über den Bau und Betrieb bis hin zu Entsorgung und Rückbau der Anlagen zur grünen Wiese“. So lässt es sich auf der Internetseite Kernenergie.de nachlesen. Ziemlich zynisch diese Behauptung, wenn man daran bedenkt, wie durch den Uranabbau der Lebensraum indigener Völker zerstört wird, wie radioaktive und giftige Stoffe aus den Urangruben Arbeiter und Anwohner krank machen und die Krebsrate steigen lassen. Und auch die Menschen von Tschernobyl und Fukushima nehmen dieses Statement wohl nur fassungslos entgegen. Es erschließt sich auch nicht, wie die Lagerung radioaktiver Abfallstoffe ein Beispiel für Klimaschutz sein soll. Dennoch propagieren Länder in Europa und auch sonst auf der Welt, dass auf Atomenergie wegen seiner klimaschützenden Eigenschaften nicht verzichtet werden kann.

Atomstrom ist noch nicht einmal CO₂-neutral, wie oft von Befürwortern behauptet wird. Atomkraftwerke verursachen im Betrieb zwar keine CO₂-Emissionen. Betrachtet man aber die gesamte Prozesskette – von Uranabbau, Brennelementherstellung, Kraftwerksbau und rückbau bis zur Endlagerung – so werden sehr wohl Treibhausgase emittiert, die zwar deutlich geringer sind als bei Kohlekraftwerken, aber höher als die Emissionen der Erneuerbaren Energien.

Warum ist der Mythos von der klimaschützenden Atomenergie so gefährlich? Weil er zusammen

mit dem reduzierten Zubau der Erneuerbaren ins Feld geführt werden kann, um in den nächsten Jahren eine Debatte über Laufzeitverlängerungen in Deutschland in Gang zu setzen. Noch ist es nur die AfD, die in ihrem Wahlprogramm das Weiterlaufen der noch im Betrieb befindlichen AKW fordert ... Doch was ist der Grund für den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken auch heute noch? Es ist die militärische Nutzung für den Bau von Atombomben. Selbst Japan, das durch zwei Atomkatastrophen unvorstellbaren Ausmaßes heimgesucht wurde, will sich den Bau von Atombomben wegen der Bedrohung durch Nordkorea offen halten. Dabei ist gerade Japan prädestiniert für eine Energiewende mit Erneuerbaren Energien, wenn man an die großen Potenziale von Wind, Sonne und Biomasse verbunden mit einer bereits vorhandenen sehr hohen Energieeffizienz denkt.

Aus gleichem Grund wollen auch die Briten neue Atomkraftwerke bauen, obwohl der so produzierte Strom um ein Vielfaches teurer sein wird als Strom aus Erneuerbaren Energien und obwohl Großbritannien preisgünstigere und sicherere Alternativen zur Stromproduktion hätte: Der Energiekonzern Electricité de France will im englischen Hinkley Point eines der größten Atomkraftwerke der Welt bauen. Finanzierbar ist das Projekt nur mit Subventionen durch die britische Regierung. Geplant ist ein Garantiepriß von über 11 Cent pro Kilowattstunde. Dieser soll über einen Zeitraum von 35 Jahren gewährt werden, dazu kommt noch ein jährlicher Inflationsausgleich, sodass die Vergütung nach Berechnungen der Financial Times bis zum Ende des Förderzeitraums auf rund 35 Cent je Kilowattstunde ansteigen wird. Der britische Staat sagt außerdem rund 20 Milliarden Bürgschaften und weitere Garantien zu. Während die Erneuerbaren durch eine stetige Senkung der Erzeugungskosten ihre Wirtschaftlichkeit demonstrieren, zeigt sich hier deutlicher denn je, dass die Atomenergie nach wie vor unwirtschaftlich ist – trotz bereits 60 Jahren massiver staatlicher Subventionen. Die ungelöste Atomüll-

Wir müssen mit der Energiewende auch eine Strukturwende vollziehen



frage und die Unfallrisiken von AKWs stellen dabei weitere Gefährdungen dar, die sich finanziell gar nicht quantifizieren lassen. Hinkley Point C: ein offenes Beispiel dafür, dass die EU-Kommission die Ausweitung der Atomkraft in Europa unterstützt, obwohl dies zu ihren eigenen energie- und klimapolitischen Zielen für die Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien in eklatantem Widerspruch steht. Für den Bau von Hinkley Point C hat Brüssel wettbewerbswidrige Milliardensubventionen abgesegnet und es in Kauf genommen, damit einen Präzedenzfall für neue AKW in Europa zu schaffen.

Doch das europäische Recht sieht durchaus Möglichkeiten vor, sich gegen solche Entscheidungen zu wehren: Österreich hat gegen die Entscheidung beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) geklagt. Die Elektrizitätswerke Schönau haben sich für einen anderen Weg entschieden und zusammen mit 30 Umweltorganisationen eine Beschwerdekampagne gegen die Brüsseler Entscheidung ins Leben gerufen. Den Stromrebellern war es wichtig, dass die Bürger von dieser ungeheuerlichen Entscheidung der EU-Kommission erfahren, zumal in den Medien kaum darüber berichtet wurde. Mit 180 000 Beschwerdebriefen nach Brüssel haben die Schwarzwälder die österreichische Klage flankieren können.

Was ist zu tun? Das Emissionshandelssystem endlich wirksam gestalten!

Der Emissionshandel war als zentrales Element für die erfolgreiche Energiewende und den Klimaschutz gedacht, hat sich jedoch durch Fehler im System und in der Ausgestaltung als nicht wirksam erwiesen. Kostenlos verteilte Zer-

tifikate und vor allem ein Überschuss an Zertifikaten – also mehr Zertifikate als Emissionen – haben dazu geführt, dass der Zertifikatspreis zusehends verfällt, kein Anreiz für Investitionen in Klimaschutz gegeben ist, stattdessen mehr klimaschädliche Kohle verbrannt wird und der Staat weniger Einnahmen hat. Das Emissionshandelssystem hat sich selbst ad absurdum geführt. So konnten zum Beispiel die Stromversorger durch die kostenlose Zuteilung der Zertifikate Zusatzgewinne von 38 Milliarden Euro einfahren, die auch in den Bau neuer Kohlekraftwerke geflossen sind. Zweifelhaft ist, ob man das Emissionshandelssystem überhaupt so „reparieren“ kann, dass es funktioniert. Der Klimaforscher Prof. Latif schlägt stattdessen vor, das Emissionshandelssystem zugunsten einer Kohlestoffsteuer abzuschaffen. „Treibhausgase wie CO₂ erhalten dann nicht über den Handel – also über Angebot und Nachfrage – einen Preis, sondern direkt beim Verursacher. Wer viel emittiert, der muss viel bezahlen. Da sind auch Spielchen, wie wir sie vom Emissionshandel kennen, nicht mehr möglich.“ 72 Staaten unterstützen schon die Idee einer Kohlestoffsteuer, die direkt den fossilen Energieverbrauch verteuert und somit zu mehr Preiswahrheit führt. Allerdings müsste auch Atomkraft besteuert und damit auch hier die externen Kosten für Umweltschäden eingepreist werden.

Was ist zu tun? Selbst aktiv werden!

Bei vielen Themen ist die unmittelbare Einflussnahme von Bürgern sehr begrenzt, aber dennoch sollten wir unsere Bedeutung für das Gelingen der Energiewende nicht unterschätzen – ich würde sogar behaupten, dass Gelingen hängt von uns Bürgern ab. Die Energiewende betrifft all unsere Lebensbereiche: Energie, Mobilität, Ernährung, Konsum, Lebensstil. Wir müssen selbst aktiv werden, damit die Energiewende vorangebracht wird, all unsere Lebensbereiche auf den Prüfstand stellen ob sie mit Klimaschutz und Energiewende

vereinbar sind. Wie oft höre ich, auch von Menschen die genug Geld haben, dass Bahn fahren im Verhältnis zum Fliegen zu teuer sei – obwohl Fliegen die umweltschädlichste Art zu reisen ist. Viel zu oft wird immer nur auf das Geld geschaut und so eine Entschuldigung für das eigene, klimaschädliche Verhalten gesucht.

Was mir oftmals fehlt, ist die Begeisterung für die Energiewende, ich höre zu viele Einwände und Bedenken. Die Elektrizitätswerke Schönau planen gerade im Südschwarzwald einen kleinen Windpark mit fünf Windenergieanlagen, und sie erleben genau das Gleiche, was Investoren an vielen anderen Standorten auch widerfährt: Die Bewohner sind selbstverständlich auch für die Energiewende, aber doch bitte nicht bei uns. Dies lässt sich leicht sagen, wenn man nicht zu den Dörfern gehört, die durch den Braunkohleabbau abgebaggert werden oder kein potentieller Standort für ein Atommülllager ist. Und die Auswirkungen des Klimawandels bekommen wir noch zu wenig zu spüren, unsere Existenz ist durch den Klimawandel auch noch nicht bedroht.

Jeder von uns hat wahrscheinlich Freunde, Verwandte, Arbeitskollegen, denen bis jetzt die Energiewende mehr oder weniger egal ist oder die die Klimaveränderungen nicht wahrhaben wollen. Könnte nicht jeder von uns sich für einen bestimmten Zeitraum – sagen wir mal drei Monate – vornehmen, mindestens zwei Menschen für die Energiewende zu begeistern? Und dabei sein eigenes Verhalten an weiteren zwei oder drei Stellen energiewendekompatibel machen?

Nichts hindert uns, einen Schritt weiterzugehen und einen Blick in unseren Geldbeutel zu werfen. Wie wäre es denn, wenn wir in die Energiewende investieren, ohne Hinblick darauf, welche finanzielle Rendite zu erwarten ist. Viel zu schnell wird immer die Frage gestellt: „Rechnet sich das denn?“ Wir könnten doch für uns selbst die Gesetze der Marktwirtschaft einfach außer Acht lassen, auf jeglichen Zins verzichten und uns



mit der ökologischen Rendite zufriedener geben. Dann ist unsere Investition ein Geschenk an die Gesellschaft und an kommende Generationen. Es gälte hierfür die geeigneten Instrumente zu finden, die dafür sorgen, dass diese Investitionen wirklich nur dem Gemeinwohl zugute kommen. Ideen gibt es dafür schon. Wir müssen selbst handeln, wenn sich etwas ändern soll – das ist meine Erfahrung aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl, als Politik und Energieversorger nicht bereit waren, etwas zu ändern und wir in Schönau rebellisch die Dinge selbst in die Hand genommen haben. Die Übernahme des Stromnetzes und der Stromversorgung in Schönau war nur mit diesem „rebellischen Geist“ möglich, sieben Jahre Kampf und zwei Bürgerentscheide hat es gebraucht, bis die Schönauer Bürger sich gegen die Übermacht des großen Energieversorgers und die lokalen Widerstände durchsetzen konnten. Auch die Belegung unserer evangelischen Kirche in Schönau 1998 mit einer großen Photovoltaik-Anlage den „Schönauer Schöpfungsfenster“ war nur mit einer „Solarrevolution“ möglich. Das Denkmalamt hatte eine Anlage auf der Kirche untersagt, doch der Ältestenrat der Kirche und die Schönauer Bürger wollten das nicht hinnehmen und errichteten die Anlage zunächst ohne Genehmigung, die daraufhin jedoch von der obersten Denkmalbehörde nachträglich erteilt wurde.

Heute kämpfen wir für das in der Verfassung verbrieftete Recht der Kommunen, die Energieversorgung in eigener Regie zu betreiben, was durch das kartellrechtliche Regime konsequent verhin-

dert wird. Mit „Rebellion“ gegen die Ohnmächtigkeit ankämpfen heißt, von der Ohnmacht in die Macht zu kommen, in die Macht, selbst etwas zu ändern, auch wenn es schwierig und kaum realisierbar ist. Und dann Erfolg zu haben – das gibt einen Motivationsschub für weitere Aktivitäten und weitet dabei auch den Kreis der Engagierten aus. Genau das haben wir immer wieder erlebt. Und wir müssen bei unserem Handeln auch bereit sein, in ganz neue Richtungen zu denken, denn so viel ist klar: wir müssen uns verabschieden, von dem Gedanken des stetigen Wachstums und immerwährenden Konsumierens, von der Befriedigung eigener Bedürfnisse ohne Rücksicht auf Umwelt und Mitmenschen, wo auch immer auf der Welt sich diese befinden.

Die Energiewende ist keine technische Veranstaltung, sondern sie muss von uns mit Leben gefüllt werden. Die Erneuerbaren Energien sind dezentral, das heißt, dass wir mit der Energiewende auch eine Strukturwende vollziehen müssen: weg von den zentralistischen Strukturen hin zu dezentralen Strukturen. Da sind wir Bürger, die Kommunen und örtlichen Gemeinschaften gefragt. Wir als Bürger, als Verbraucher, als Stromkunden, als Wähler müssen aber auch Druck auf Politik und Wirtschaft machen mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten: auf der Straße und im persönlichen Gespräch. Wir müssen durch unser eigenes Handeln Druck erzeugen und notfalls auch nicht davor zurückschrecken, Gerichte anzurufen. Wir müssen uns miteinander vernetzen und voneinander lernen. Und trotz all dem notwendigen Druck nicht auf „die da oben“ warten, sondern einfach die Dinge selbst in die Hand nehmen, so wie die Schönauer Bürger und viele andere das nach Tschernobyl und Fukushima getan haben. Der steinige Weg zur Energiewende ist zwar mühsam, aber nicht unbezwingbar, wenn wir ihn mutig und rebellisch gemeinsam gehen.

Weitere Infos im Internet unter:
 ● www.gorleben-rundschau.de



100 Prozent Erneuerbare, 100 Prozent Freiheit

Was die Energiewende für uns tun kann

Optimist „Die Frage ist nicht, was wir für die Energiewende tun müssen. Die Frage ist vielmehr, was sie für uns tun kann. Wir gewinnen als Bürger unsere Souveränität zurück.“ So bringt der Elder Statesman der Erneuerbaren Energien, Matthias Willenbacher, im Gespräch mit Klaus Kocks den eigentlichen Kern der Energiewende auf den Punkt.

Diese Wahrheit sei im politischen Gezänk, in den Diskussionen um technische Details und den Auseinandersetzungen um Märkte verschüttet worden, meint der Mitbegründer des Erneuerbare-Energie Projektierers „juwi“. Momentan wird Willenbacher zwar durch einen Schmiergeld-Prozess gegen ihn in Atem gehalten, doch das hält ihn nicht ab, auch weiterhin für die Energiewende zu kämpfen: Der Bauernsohn, der sich aus eigener Kraft in die erste Garde der „regenerativen“ Unternehmer hochgearbeitet hat, hält das von ihm propagierte Ziel einer zu 100 Prozent auf Erneuerbaren basierenden Energieversorgung in möglichst

kurzer Zeit nach wie vor für realistisch und deshalb erstrebenswert.

Gorleben Rundschau: Herr Willenbacher, wenn heute jemand von außerhalb in die Bundesrepublik kommt, was liest er an Energiethemen in der Zeitung? Die frühere Ruhrkohle-Tochter Steag möchte die ostdeutsche Braunkohle kaufen, in Belgien schaltet Electrabel die mit 45 Jahren ältesten Kernenergie-Reaktoren wieder an, das Netzunternehmen TenneT streitet über neue Trassen, um Offshore-Energie aus der Nordsee bis Garmisch-Partenkirchen durchleiten zu können. Hört sich das nach ei-

ner Energiewende an, so wie Sie sie verstehen?

Matthias Willenbacher: Das eigentliche Thema der Energiewende, die Abkehr von überkommenen hochzentralisierten Versorgungsstrukturen auf der Basis fossiler Energieträger und der Kernenergie hin zu einer dezentralen, kleinteiligen, ressourcen- und klimaschonenden Energieversorgung ist unter diesen und anderen Schlagworten verschüttet worden. Zudem erleben wir eine Perversion der Diskussion, indem sich etwa Öl- und Gaskonzerne als Antwort auf die Energiewende darstellen, tatsächlich aber Teil des

Problems und nicht Teil der Lösung sind. Das eigentliche Ziel der Energiewende ist auch verstellt durch den konjunkturellen Einbruch in der Solarbranche und durch die neue Zurückhaltung gegenüber der Windenergie. An den Basisdaten, die dem Gedanken der Energiewende zugrunde liegen, hat sich jedoch gar nichts geändert. Wir sehen zurzeit zwar Veränderungen der Subventionsgesetzgebung, also sozusagen auf der politischen Seite, aber nicht bei den essenziellen Entwicklungen.

Ich glaube, dass man sich der Grundgedanken der Energiewende wieder stärker erinnern muss. Dann fallen solche absurde energie-wirtschaftliche Vorstellungen wie eine Versorgung Bayerns mit Offshore-Windstrom aus der Nordsee automatisch hintenüber. Denn auch dies ist ein zentralisiertes Konstrukt staatlicher Planwirtschaft mit einem absolut irrsinnigen Aufwand und den sozusagen vorprogrammierten negativen Folgen solcher Strategien. Dabei wird nämlich sehr viel Geld in die Hand genommen, um am Ende festzustellen, dass sich das Vorhaben nicht rechnet. Schlimmer noch, es kann sich nur dann rechnen, wenn man den Bürger betrügt. Jetzt erklärt man, dass es für die Energiewende wichtig sei, Windstrom von Norddeutschland nach Süddeutschland zu transportieren. Doch das ist definitiv nicht so. Stattdessen sollte man in den Zeiten, wenn zu viel Windstrom anfällt, konventionelle Energieträger und hier vor allem die Braunkohlekapazitäten herunterfahren. Dann wären wieder deutlich mehr Netzkapazitäten vorhanden.

Die Offshore-Windparks können derzeit mangels Übertragungskapazitäten noch gar nicht genutzt werden. Für mich klingen solche Planungen zur Offshore-Erzeugung eher nach Strategien, um weitere Fortschritte in Richtung dezentraler Erneuerbarer Energien, die unabdingbar sind, aufzuhalten und zu verhindern.

GR: Das ist ja ein interessanter Ansatz. Sie sehen also ein Konzept, um den „Siegeszug“ der Erneuerbaren zu bremsen, etwa durch kontraproduktive Vorhaben?

MW: Ja, aber das passiert auch anderweitig. Ich behaupte, Erneuerbare Energien werden ganz bewusst verhindert. Zum Beispiel durch Zölle auf eingeführte Solarmodule. Dabei werden im Prinzip kaum noch Solarmodule in Deutschland hergestellt. Warum gibt es diese Zölle dann noch? Was machen sie für einen Sinn, wo ist ihre Berechtigung? Das sollte man diskutieren. Es gibt in diesem Bereich nur ganz wenige Produktionskapazitäten in Deutschland und Europa aber es gibt Einfuhrzölle auf Foto-voltaik-Module. Für sie wird damit einfach willkürlich ein Preis festgelegt. Wenn das keine Planwirtschaft ist, zumindest jedoch ein massiver Eingriff in den freien Markt.

GR: Sie meinen also, ein weiterer zügiger Ausbau Erneuerbarer Energien ist ohne Weiteres möglich, wird aber politisch behindert?

MW: Das ist richtig, ja! Dies sage ich bewusst auch als Vorstand der 100 Prozent Erneuerbar Stiftung, die sich für eine dezentrale und humane Energiewende einsetzt. Diese Initiative strebt genau das an, was ich für den Kernpunkt der Energiewende halte – die Veränderung hin zu einer partizipativen und gemeinschaftsstärkenden Energieversorgung, bei der jeder Bürger, jede Gemeinde, jedes Land die energiewirtschaftliche Souveränität und Unabhängigkeit erhält, frei wählen zu können, wie der jeweilige Energiebedarf gedeckt wird. Das ist das Anliegen meiner Stiftung, ebenso wie das meinige.

GR: Klingt das ein wenig nach einem Regenerativen-Don-Quichote?

MW: Richtig ist, dass ich ein vergleichsweise winziger David bin, der versucht hat und weiter daran arbeitet, die verkrusteten Energiestrukturen hierzulande aufzubrechen. Ob dies am Ende ein siegreicher Kampf gegen Goliath oder ein erfolgloser gegen Windmühlen sein wird, muss sich zeigen. Auf jeden Fall bin ich stolz darauf, dass die Mehrheit der Deutschen inzwischen verstanden hat, dass eine

Versorgung rein mit Erneuerbaren Energien möglich ist.

GR: Ist das so?

MW: Ich behaupte ja nicht, dass schon alle davon überzeugt sind. Es gibt noch genügend Menschen, die anderer Meinung sind. So bekomme ich zum Beispiel viel Post von älteren Ingenieuren, die mir in ihren Schreiben vorrechnen, wie schwierig es ist, mit Solarenergie auch nur einen winzigen Beitrag zur Energieversorgung zu leisten. Doch bei dem unterdessen erreichten Anteil der Erneuerbaren am deutschen Strommix von rund 33 Prozent wird es langsam schwer, diese Argumentationen aufrechtzuerhalten. Zumal es die 33 Prozent nach den Warnungen dieser düsteren Propheten eigentlich auch gar nicht geben dürfte.

Aber dennoch oder vielleicht gerade deswegen wird versucht, die Entwicklung der Energiewende in eine gewisse Richtung zu lenken. Warum? Weil dies für die altingesessenen Konzerne von Vorteil ist. Und weil andere politische Interessen an den Erhalt der überkommenen zentralen Strukturen geknüpft sind. Da werden unter anderem struktur- und arbeitsmarktpolitische Gründe vorgeschoben. Es ist faktisch aber genau umgekehrt: Wenn ich hier einen Trend verschleife, entstehen die Arbeitsplätze anderswo. Dann verliere ich sie hierzulande strukturell.

GR: Verstehen wir Sie richtig? Die Erneuerbaren entwickeln sich von selbst besser als erwartet und werden nun nach Ihrer Meinung bewusst eingebremst?

MW: Wir haben, was den Ausbau der Erneuerbaren Energien anbelangt, 2015 ungefähr schon das erreicht, was laut den staatlichen Planungen erst 2020 hätte erreicht werden sollen. Deswegen ist man mit den Zielsetzungen zuletzt ein wenig ins Schwimmen gekommen. Denen lag nämlich die Annahme zugrunde, dass pro Jahrzehnt 15 Prozent Anteil der Erneuerbaren hinzukommen können. Aber das ist planwirtschaftliches Denken. Dabei werden kein Lerneffekt oder sonstige Begleitfakto-

ren berücksichtigt. Wenn man so die digitale Kommunikation eingeführt hätte, dann würden heute viele Menschen in Deutschland Handy mit Internetzugang betrachten wie früher die Menschen in der DDR Bananen und Schokolade. Aber dieser planwirtschaftliche Ansatz für die Erneuerbaren Energien hat einen tieferen Sinn: Es geht darum, Kohle und Atomkraft zu schützen, damit sie nicht vorzeitig abgeschaltet werden müssen.

GR: Schutz von Veränderungsverlierern?

MW: Diesem Zweck dient das planwirtschaftliche Konzept für die Erneuerbaren Energien! Genau diese Entwicklung war aber vorauszusehen. Deshalb habe ich sie so auch schon in meinem Buch beschrieben.

GR: Die Rede ist also nicht mehr von „additiven“, sondern von „alternativen“ Energien?

MW: Wir haben schon eine sozusagen historische Entwicklung von einem prognostizierten einstelligen Beitrag der Erneuerbaren zu einem Drittelwert gesehen und wir nähern uns bei der Stromerzeugung den 50 Prozent an.

GR: War es im Nachhinein klug von Ihnen, das Ziel einer Stromversorgung Deutschlands allein aus erneuerbaren Energien im Jahr 2020 vorzugeben? Haben Sie damit den Mund nicht etwas voll genommen?

MW: Im Gegenteil. Damit habe ich wesentlich dazu beigetragen, dass dieses 100-Prozent-Ziel hoffähig wird. Wenn ich ernsthaft den Klimawandel aufhalten möchte, wenn ich daran tatsächlich arbeiten und nicht nur Lippenbekenntnisse abgeben will, dann muss ich den Weg zu 100 Prozent Erneuerbaren möglichst schnell und konsequent einschlagen. Ich habe mich deshalb sehr gefreut, dass bei den zahlreichen Kundgebungen im Umfeld der Weltklimakonferenz in Paris immer wieder die Forderung nach 100 Prozent Erneuerbaren zu hören und zu lesen war. Denn das bedeutet, dass die Menschen inzwischen eingesehen

haben, dass die Regenerativen einen wichtigen Beitrag leisten können, um den Klimawandel aufzuhalten. Argumentationen wie „das kann technisch gar nicht funktionieren“ oder „der Beitrag der Erneuerbaren kann nur marginal sein“ sind unterdessen widerlegt und überholt.

GR: Die 100 Prozent sind also aus Ihrer Sicht keine Vision, sondern ein erreichbares Ziel?

MW: Genau!

GR: Gut, es handelt sich also nicht um ein Wolkenkuckucksheim, sondern einen gangbaren Weg. Aber wie und von wem wird er konkret behindert? Handelt es sich bei der von ihnen kritisierten Gegenbewegung um Lobbywiderstand oder hat das energiewirtschaftliche Gründe?

MW: Wenn die Weltwirtschaft weiterhin vom Öl abhängig bleiben sollte, wenn man also nicht den schnellen Umstieg auf Erneuerbare Energien vollzieht, dann wird der momentan sehr niedrige Ölpreis sehr schnell wieder steigen. Seine Baisse ist ja absehbar nur sehr temporär. Aktuell haben wir zwei Effekte, die den Ölpreis am Boden halten. Da ist zum einen die rückläufige Nachfrage aus China und zum anderen Saudi-Arabien, das nach der Aufhebung des Embargos gegen den Iran so viel fördert, um den Preis bewusst unten zu halten und dem Iran so zu schaden. Aber die Erfahrung zeigt, dass der Ölpreisschwankt. Somit ist fraglich, wie lange das Preistief anhalten wird. Aber ich bin auch davon überzeugt, dass die Fotovoltaik und in nicht allzu weiter Ferne ebenfalls die Elektromobilität billiger sein werden als das aktuell günstige Öl. Insofern hat dieser aktuelle energiewirtschaftliche Faktor zwar einen gewissen Einfluss auf die Entwicklung in Sachen Wind und Solarenergie bzw. Elektromobilität, aber keinen entscheidenden. Es wird dadurch eine geringfügige Verzögerung geben, aber keine dramatische. So ist es auch bei den derzeit sehr niedrigen Diesel- oder Heizölkosten immer noch wesentlich teurer, Strom

aus einem Blockheizkraftwerk mit Diesel zu beziehen als von einer Fotovoltaik-Anlage.

GR: Wie stehen Sie denn zu dem Argument, dass die Klimaproblematik mit der Kernenergie volkswirtschaftlich günstiger zu lösen wäre. Der deutsche Weg eines Kernenergieausstiegs aus der Verstromung ist ja in Europa einzigartig ...

MW: Der Kernenergieanteil an der weltweiten Stromerzeugung ist einstellig. Mit der wachsenden Weltbevölkerung wird auch deren Energiebedarf steigen. Und mit zunehmender Nachfrage wird der Anteil der Kernenergie automatisch kleiner werden, weil weniger Atomkraft zugebaut wird als andere Erzeuger. In zehn Jahren wird sich dieser Trend noch mal dramatisch steigern, weil bis dahin aus wirtschaftlichen Gründen niemand mehr auf die Kernenergie setzt. Schon jetzt ist die Atomkraft viel zu teuer. Das wird in Großbritannien deutlich, wo neue Atomkraftwerke gebaut werden sollen. Was da für die Kilowattstunde staatlich garantiert werden muss, damit sich die Neubauten überhaupt annähernd rechnen, ist mehr als Solarenergie kostet. Trotzdem wird an den Kernenergieplänen festgehalten, weil eine starke Lobby dahinter steht. Mit dem Geld, das dort in die Atomkraftwerke und deren Überwachung gesteckt wird, hätte man locker einen Großteil des Landes auf Erneuerbare Energien umstellen können. Und die haben reichlich Wind dort.

GR: Ihr Energiewende-Konzept geht mit einer ausgeprägten Dezentralisierung einher. Warum? Worin besteht der Vorteil, sich in jedem Dorf Ärger wegen einer Erneuerbare-Energie-Anlage einzuhandeln, gegenüber einem nationalen Konzept bzw. einer zentralisierten Energieversorgung?

MW: Erneuerbare Energien sind von Grund auf dezentral. Sie bieten die Möglichkeit, sich von grossen Versorgern unabhängig zu machen. Dadurch lassen sie viele andere Konflikte erst gar nicht ent-

stehen. Denn Abhängigkeit bringt immer Probleme mit sich. Erneuerbare Energien haben ganz klar den Riesenvorteil, dass sie sehr modular genutzt werden können. Und das in jeder Größenordnung. Vom solaren Taschenrechner bis hin zum Riesen-Windpark oder Solarfeld ist alles möglich. Genau das ist aus meiner Sicht der entscheidende Punkt, dass die Erneuerbaren sogar jedem Einzelnen die Souveränität darüber verschaffen können, selbst darüber zu entscheiden, wie er sich mit Energie versorgen möchte. Jedem Bürger, jeder Gemeinde, jedem Land.

GR: Das widerspricht schon vom Prinzip her dem Unternehmensbild börsennotierter Großkonzerne. Sie bevorzugen für größere Einheiten ein genossenschaftliches Modell ...

MW: Energiegenossenschaften spielen bei meinen Vorstellungen von einer echten Energiewende einen wichtigen Part. Aber nicht ausschließlich.

GR: Können Energiegenossenschaften dazu beitragen, Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung etwa bei der Errichtung von Windenergieanlagen ein wenig abzuschwächen?

MW: Das lässt sich durch eine Genossenschaft erreichen. Es sind aber auch andere Formen der Partizipation denkbar. Wichtig ist grundsätzlich, die Menschen auch bei Erneuerbare-Energie-Projekten mitzunehmen. Die Energiegenossenschaft ist eine Form, die Bürger vor Ort partizipieren zu lassen. Denn es ist ganz entscheidend, wenn man ein Projekt in einer Kommune oder in einer Region realisieren will, sich darum zu bemühen, die Menschen vor Ort einzubinden. Das gelingt nicht immer und es gelingt auch nicht immer gleich gut. Und es wird immer Einzelne geben, die gegen solche Vorhaben sind, die andere von ihrer Sicht der Dinge überzeugen und am Ende eine Mehrheit hinter sich haben. Das kann immer mal wieder passieren. Aber auch davon sind die Erneuerbaren Energien nicht aufzuhalten.

Entscheidender ist, was aktuell an anderer Stelle getan wird, um den Ausbau der Erneuerbaren einzubremsen. Etwa indem Mengen festgelegt werden. Das empfinde ich eben als Planwirtschaft, wenn vorher bestimmt wird, dass nur eine bestimmte Menge zugebaut werden darf. So wird von vornherein jede darüber hinausgehende Entwicklungsmöglichkeit ausgebremst. Es werden Marktbarrieren für Neuentwicklungen errichtet. So können nur die am Ende im Markt bleiben, die viel Geld haben und etabliert sind. Das hemmt Innovation und führt langfristig zu Stillstand.

GR: Für sie bedeutet also Energiewende vor allen Dingen auch eine Dezentralisierung der Energieversorgung, sprich die Abkehr von einer staatlichen oder quasi staatlichen Zwangsfürsorge hin zu mehr individuellem Entscheidungsspielraum?

MW: Das ist der politische Aspekt dabei – gegen Bevormundung, gegen staatliche Zwangswirtschaft, gegen Technologiefeindlichkeit, gegen Renditeinteressen von Großunternehmen. Was ich anstrebe – und was die Lobby auf der anderen Seite stört – ist eine sehr kleinteilige, sehr demokratische, sehr individuelle Struktur. Die braucht keine Großkonzerne.

Unsere althergebrachte Organisation der Energieversorgung ist geprägt von Abhängigkeiten, von politischen Eingriffsmöglichkeiten. Es war immer der Politik vorbehalten, die Energieversorgung sicherzustellen. Und es war eine staatliche Aufgabe mit halbstaatlichen Großkonzernen, Seite an Seite. Das muss sich ändern. In Zukunft soll es nicht mehr nur ein Energiekonzept geben, sondern viele parallele mit der Möglichkeit für jeden Stakeholder, seine eigene Energieversorgung frei zu gestalten. Das kann ein einzelner Hausbesitzer sein oder eine Kommune oder ein Zusammenschluss mehrerer Hausbesitzer.

Wir reden hier über freiheitliche Konzepte, die aus der Abhängigkeit führen, aus der internationalen Abhängigkeit einer ölbasierten Weltwirtschaft und Politik, aus

der Abhängigkeit von zwangsversorgenden Groß-EVU, aus der Abhängigkeit limitierender Strukturen. Stattdessen muss die Energiewende Wahlfreiheit eröffnen, ob ich mich weiterhin kommunal versorgen will im Sinne eines Sorglos-Pakets oder ob ich meine Energieversorgung selbst bzw. gemeinsam mit Freunden oder wem auch immer in die Hand nehmen möchte. Das schließt auch die Freiheit mit ein, sich auf Wunsch komplett autark machen zu können, ohne noch ans Netz angeschlossen zu sein. In dieser Hinsicht muss ein Umdenken stattfinden. Das ist meine persönliche Meinung, ganz privat. Die Chance der Energiewende sehe ich wirklich genau darin, die bestehenden verkrusteten Strukturen zu entfernen. Aber verstehen Sie mich richtig: Ich meine keine moralischen Zwangsdiktate für bestimmte Energieformen, sondern die Wende hin zu einem freiheitlichen Energiesystem.



Zur Person

Matthias Willenbacher ist Mitbegründer der „juwi AG“, eines Projektentwicklungsunternehmens für Anlagen der Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen mit Sitz im rheinland-pfälzischen Wörrstadt. Nach finanziellen Schwierigkeiten wurde „juwi“ Ende 2014 vom Mannheimer Energieversorger MVV übernommen. Willenbacher hat das Unternehmen 2015 verlassen. In seinem Buch „Mein unmoralisches Angebot an die Kanzlerin“ beschreibt er, wie die Energiewende zu schaffen ist, und warum sie auf keinen Fall scheitern darf. Wegen mutmaßlicher Schmiergeldzahlungen, läuft derzeit ein Verfahren gegen Willenbacher. Eine richterliche Entscheidung lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.



Weniger ist Mehr

Suffizienz, nicht Grünes Wachstum, kann uns retten

Leben Wie sieht sie aus, unsere Zukunft im Post-CO₂-Zeitalter? Im digital gesteuerten Elektro-Porsche von der Passivhaus-Villa im Grünen zum Städtetrip ins nachhaltig geführte Öko-Hotel in Italien? Oder FKK im naturbelassenen Garten hinterm Haus? Grünes Wachstum oder Verzicht? Nur im Verbund, sagt Hermann Klepper, wird die Klimakatastrophe zu verhindern sein.

Ist „nachhaltiger Konsum“ die Lösung? Ein Konsum, der das Klima nur wenig belastet, ökologisch und sozial weitgehend verträglich ist und zum Beispiel nachhaltig gefertigte Kleidung, Schuhe oder Elektronik umfasst? Nachhaltiger Konsum ist ein Riesengeschäft, das mit wirkungsvollen Marketing-Strategien die Wirtschaft ankurbelt, mit Zeitschriften und absurder Werbung à la „Shoppen fürs Klima“ für einen solarbetriebenen Milchschaumer.

Moderne Konsument/-innen sind häufig sogenannte „Lifestyle-Ökos“, Menschen also, denen es finanziell gut geht, die es sich leisten können, teurere Produkte zu kaufen und die meinen, mit nachhaltigem Konsum die Welt retten und so mit ruhigem Gewissen ihren gehobenen Lebensstil beibehalten zu können. Doch der „ökologische Fußabdruck“ solcher Konsument/-innen ist groß. Dabei

Ohne Suffizienz wird es keinen Klimaschutz geben

ist es durchaus wichtig, nachhaltig zu konsumieren. Noch wichtiger allerdings wäre es, auf unnötigen Konsum gänzlich zu verzichten, sich dem Konsum-„Zwang“, dem Konsum-„Terror“ zu verweigern und stattdessen zurückhaltender und mit einem einfacheren Leben zufrieden zu sein. Nachhaltiger Konsum sollte mit Suffizienz einhergehen; mit dem Bemühen also um einen möglichst geringen Rohstoff- und Energieverbrauch. Der Grund dafür wurde von der Politik längst erkannt: „Wenn wir mit dem ständigen Wachstum und einer unaufhörlichen Produktion materieller Güter so weiter machen [wie bisher], wird unser Planet kollabieren durch Auswirkungen der ständigen Erderwärmung, Naturzerstörung, Verlust der Biodiversität weltweit“, so die Warnung von Alberto Acosta, dem ehemaligen Energieminister von Ecuador, auf einer internationa-

len Konferenz schon 2010. Doch statt wir alles dafür tun, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen und die Erde nicht zu übernutzen, um apokalyptische Entwicklungen auf unserem Planeten zu vermeiden – katastrophale Dürren, Überflutungen ganzer Landstriche, Zerstörung wertvoller Ökosysteme und Lebensräume von Millionen Menschen – steigern wir ständig das Wachstum, steigern weiter die Produktion materieller Güter, ändern unsere Art zu leben nicht, im Gegenteil: Wir bauen mehr Autos und Kreuzfahrtschiffe, Flugreisen nehmen weiter zu.

Statt also die Notbremse zu ziehen, geben wir Gas. Sind wir eigentlich noch zu retten? Eine Pressemitteilung des Umweltbundesamtes vom 17. März bestätigt die Fehlentwicklung: Anstieg der Emissionen 2015 um sechs Millionen Tonnen CO₂, dabei sind die

Emissionen deutscher Industrien im Ausland nicht mal eingerechnet. Statt weniger, produzieren wir mehr Emissionen – den erneuerbaren Energien und aller Energieeffizienz zum Trotz. Dabei wurde uns erst kürzlich deutlich vor Augen geführt, dass mit einem Rückgang von Produktion und Verbrauch von Konsumgütern die Emissionen sinken: Im Krisenjahr 2009 ging das Wirtschaftswachstum um 5,1 Prozent zurück, die Kohleverbrennung nahm um 11 Prozent ab, und die CO₂ Emissionen sanken um 6,9 Prozent. In den Folgejahren mit stärkerer Konjunktur stiegen die Emissionen wieder – und das trotz weiteren Ausbaus der Erneuerbaren Energien und höherer Energieeffizienz! Grund: Die gewonnene erneuerbare Energie hat nicht im gleichen Maß fossile Energie ersetzt, sondern wurde zusätzlich mit fossiler Energie dazu verwendet – und so dem Klimaschutz entzogen –, erneut ein möglichst hohes Wachstum zu erreichen und noch mehr materielle Güter zu produzieren. Deutliche Botschaften, dass wir unsere Art zu wirtschaften und zu leben verändern müssen, sind indes in der Welt: Yvo de Boer, einst oberster Klimaschutz der UN, sagte drastisch: „Der einzige Weg, wie ein Abkommen im Jahr 2015 (Klimagipfel Paris) zum Zwei-Grad-Ziel führen könnte, wäre, die gesamte Weltwirtschaft stillzulegen.“ Auch der Papst fordert im Rahmen der Klimadiskussion die Besinnung auf einfachere Lebensstile und kritisiert den Konsumwahn und das Streben nach immer mehr Wachstum, beraten übrigens von Prof. Schellnhuber, dem Direktor des Klimafolgenforschungsinstituts in Potsdam. Doch statt wir unsere Lebensstile überdenken und verändern im Sinne von Suffizienz, Genügsamkeit und einem einfacheren Leben und damit Energie und Ressourcen sparen, tun wir alles, um genau diese Veränderung zu vermeiden. Dabei machen wir uns etwas vor, wenn wir meinen, mit Grünem Wachstum könnten wir unsere Art zu leben beibehalten und dabei gleichzeitig der Erderwärmung spürbar und rechtzeitig entgegen wirken. So betrügen wir uns

selbst. Grünes Wachstum ist eine Droge, eine psychische Barriere, die es uns schwer macht, das Richtige zu tun.

Denn auch das Wachstum mit grünem Mäntelchen ist verbunden mit Emissionen und Ressourcenverbrauch. Friedrich Schmidt-Bleek, Mitbegründer des „Wuppertal Instituts“, schreibt in seinem Buch „Grüne Lügen“: „... Zerstörung der Natur, Plünderung von Ressourcen, Emissionen, Ausbeutung und Armut sind unvermeidlich auch die Grundlagen grünen Wachstums.“ Er fordert eine Ressourcenwende, eine deutliche Einschränkung im Verbrauch von Rohstoffen, denn jedes Produkt sei ein Konzentrat eines langen Herstellungsprozesses, hat einen „Ökologischen Rucksack“, der im gesamten Fertigungsprozess von der Gewinnung des Rohstoffes, über die Verarbeitung bis zum fertigen Produkt und der Entsorgung – alles einhergehend mit langen Transportwegen per Straße, Flugzeug oder Schiff – das Klima mit Emissionen belastet und mit zur Naturzerstörung beiträgt.

Keine Frage: Wir brauchen erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Doch ohne Verbindung mit Suffizienz werden wir die Erderwärmung nicht auf zwei Grad begrenzen können. Denn auch Gewinne durch erneuerbare Energien erhöhen die Kaufkraft, fließen in den Konsum, erhöhen die Produktion materieller Güter und sind mitverantwortlich für die Zunahme von Flugreisen und Kreuzfahrten und den Bau weiterer Kreuzfahrtschiffe und Autos. Bei der Energieeffizienz weisen empirische Untersuchungen auf Rebound-Effekte hin, die den Vorteil eingesparter Energie wieder abschwächen: Eingespartes Geld fließt in zusätzlichen Konsum, oder es werden vermehrt neue, noch effizientere Geräte produziert und gekauft. Energieeffizienz darf aber nicht dazu führen, bedenkenlos immer mehr effizientere Produkte zu konsumieren, weil sie ja so „klimafreundlich“ sind. Energieeffizienz ist nur dann sinnvoll, wenn sie einhergeht mit der Frage nach der Suffizienz: „Brauche ich dieses Gerät wirklich?“

Termin

Prof. Niko Paech, Ökonom und Wachstumskritiker, spricht am 6. Mai um 19.00 Uhr in Güstritz (Wendland) zum Thema: „Globale Auswirkungen des Wachstumsstrebens“

Eingeladen haben die „Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung“ (ANU) und die Kommune Güstritz.

Und E-Autos? Klimafreundlich, nachhaltig, dazu eine Kaufprämie – und nun mal los? Auch hier gilt es, in die Bewertung mit einzubeziehen, dass bei der Herstellung sehr viel Kupfer, Lithium, Neodym und Kobalt benötigt wird, deren Gewinnung und Verarbeitung äußerst energieintensiv sind, einhergehen mit der Zerstörung wertvoller Ökosysteme und zu katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen von Menschen führen. Auch hier müssen wir uns fragen: Tut es ein kleineres Auto nicht auch? Kann ich mich am Car-Sharing beteiligen? Wieweit ist es für mich möglich, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen?

Wenn das Ziel des Klimaschutzplans, bis zum Jahr 2050 rund 80 bis 90 Prozent des Energiebedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken, erreicht werden soll, muss schnellstmöglich und drastisch die Nutzung fossiler Energieträger zurückgefahren und diese konsequent durch Erneuerbare ersetzt werden.

Die Bundesregierung sieht zwar diese Notwendigkeit und schreibt zum nationalen Klimaschutzplan 2020: „Insbesondere muss vermieden werden, dass das nationale Klimaziel verfehlt wird, wenn erneuerbare Energien ausgebaut und Energieeffizienz verbessert wird, aber nicht im Gegenzug fossile Stromerzeugung abgebaut wird.“ Inkonsequenterweise hält sie aber am vertrauten Wachstumskonzept fest: Aufgabe sei es „... engagierten Klimaschutz zum Fortschrittsmotor zu entwickeln und dabei Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken“, heißt es vom Umweltbundesamt.

Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen: Ohne im Sinne von Suffizienz zu wirtschaften und zu leben, wird es keinen Klimaschutz geben, der Klimakatastrophen verhindert. Wir dürfen keine Zeit verlieren. Wir müssen uns bewusst machen, dass die Generation, die jetzt lebt, in den nächsten wenigen Jahrzehnten die entscheidenden Weichen stellt für die Lebensbedingungen derjenigen, die nach uns kommen.

Weitere Infos im Internet unter:
 ● www.gorleben-rundschau.de



Näher dran ist niemand

Portrait Der Gorleben-Protest ist nicht nur von Menschen geprägt worden. Es gibt auch Kristallisationsorte, wo Menschen bis heute zusammenkommen. Die Atomanlagen in Gorleben zählen natürlich dazu, auch das BI-Büro in Lüchow. Der dritte Ort ist das Gasthaus Wiese in Gedelitz. Hier gab es so manche Versammlung im Saal, war der Startpunkt vieler Latschdemos nach Gorleben, gab es Camps und wurde Protest geplant. Hier trifft man sich heute noch jeden Sonntag nach dem Spaziergang um das Bergwerk oder nach dem Gorleben Gebet. Und hier wohnen Gerhard und Tina Wiese.

Die beiden können nicht weg. Alle anderen gehen irgendwann nach Hause, Tina und Gerhard bleiben. Es ist ihr Gasthaus, ihr Zuhause, ihre Welt. Mit dem Hof haben sie von Eltern und Schwiegereltern nicht nur einfach ein Gasthaus übernommen, sondern auch ganz viel Geschichte und Geschichten. Das merken sie immer dann, wenn plötzlich jemand in der Tür steht und ihnen erzählt, dass er schon vor dreißig Jahren mal hier war, genau an diesem Tisch... Tina und Gerhard sind mittendrin, wenn es um Gorleben geht.

Tina macht die Kneipe, Gerhard betreibt die Biogasanlage. So einfach wäre es, wenn die beiden irgendwo in Niedersachsen leben würden. Tun sie aber nicht. Gasthaus und Hof liegen in Sichtweite der Gorlebener Atomanlagen. Das ändert alles. Es prägt ihr Leben seit vierzig Jahren. Von Torsten Koopmann



Hier hält man gerne auf den Weg nach Gorleben an oder wärmt sich bei einer Tasse Kaffee nach einer Demo wieder auf. Tina und Gerhard wollen aber nicht nur auf dem Hof leben. Sie haben sich das Ziel gesetzt, wieder vom Hof zu leben.

Als sie den Laden übernahmen, hatten Saal und Gastraum noch den Charme längst vergangener Zeiten. Das war urig und sympathisch, aber es war auch unpraktisch, eng, und die Tapeten quatschten in den Augen. Wer heute einen Eindruck von der Atmosphäre gewinnen will, sollte sich den Tatort „Salzleiche“ mit Maria Furtwängler ansehen: Einige Szenen sind im Gasthaus gedreht worden. So eine Kulisse ließen sich die Filmmacher nicht entgehen, weil sie genau ihrem Klischee entsprach. Wieses haben dann doch umgebaut. Vorsichtig und mit viel Augenmaß und Gefühl für die Räume. Die Bohlenbretter für den Fußboden hat Gerhard selbst gemacht.

Inzwischen ist Gedelitz ein bekannter Ort der Jazzszene in Ostniedersachsen. Auf dem Tourenplan der Jazzer steht nicht selten „Athen - Gedelitz - Teheran“, und wenn die Musiker in den Gastraum kommen, sehen sie die Bilder vergangener Konzerte und staunen, wer schon alles da war.

„Kneipenerhaltungsverein“, das ist die frühere Castorgruppe. Auch Jäger und der Sparklub treffen sich regelmäßig. Als Gerhard aufwuchs, lernte er aber auch Menschen ganz anderer Art kennen: Betreiber eines Kölner Kinderladens, Mitglieder der Sozialistischen Jugend Deutschlands oder von internationalen Workcamps. Nicht ganz typische Besucher in einem wendländischen Dorf, und doch: Hier war das normal. Tina freut sich immer noch über all die Menschen, die sich so uneigennützig gegen Castortransporte engagieren, einfach aktiv sind. Für eine Sache, die eigentlich weit weg sein könnte. Das stärkt, und sie spürt dann, wie es sie selbst mitreißt: „Hier begegnen sich Welten“

Dass immer wieder so viele „Fremde“ ins Wendland kommen und mitmachen, ist auch Verdienst

der beiden Wieses. Sie geben dem Gorleben-Protest ein Gesicht. Hier stehen die Türen sprichwörtlich offen, und man ist eben nicht nur Gast. Bei Wieses gab es schon immer Familienanschluss, und so halten es Tina und Gerhard als nachfolgende Generation auch. Sie entwickelten aber auch einen Instinkt dafür, wem sie vertrauen und ihre Küche überlassen können. Dem niederländischen Küchenkollektiv Rampenplan zum Beispiel: Egal wie groß das Chaos war und wie viele Demonstranten von hier aus versorgt wurden, zum Schluss blitzten Küche und Saal. Tina schmunzelt auch über einen Teilnehmer der Gruppe x-tausend: Alle zogen ihre Schuhe aus, bevor sie in den Saal gingen, am Ende der Veranstaltung blieb ein Paar Stiefel stehen. Wie hatte der Schuhträger den Saal verlassen? Es war November...

„Die Welt kommt zu uns“, so sehen es Tina und Gerhard, „deswegen müssen wir nicht weg.“ Auf dem Hof tanzt eine Gruppe US-amerikanischer Indianer? Na und? Zwei junge Irinnen wollen in schicken Klamotten und mit weißen Schuhen beim Stallausmisten helfen? Nur zu!

Während sich die Welt im Gasthaus Wiese öffnet, spüren Tina und Gerhard eine bedrückende Enge, wenn die Polizei mal wieder tagelang mit Einsatzwagen vor der Tür steht. Nur so. Um Präsenz zu zeigen. Sie wollen sich nicht in eine kriminelle Ecke drängen lassen. Das macht sie wütend, schließlich sehen sie sich als normale Bürger.

Das sind sie ganz sicher, nur: Der Ort, an dem sie leben, ist es nicht: Man kann vom Haus aus den Schornstein der Atomanlagen sehen. Ein fragwürdiges Privileg. Flucht? „Kommt nicht in Frage!“ Wieses leben in einem netten Dorf, haben sich eine Existenz auf eigenem Hof aufgebaut. „Die Frage stellt sich aber noch einmal neu, wenn die PKA tatsächlich in Betrieb geht.“ In dieser „Pilotkonditionierungsanlage“ könnten eines Tages schadhafte Castorbehälter geöffnet werden. Dann würde der gut sichtbare Schornstein die Umgebung radioaktiv verseuchen. Flucht? „Dann vielleicht!“



Erich Kästner: „Ich bin gekommen, um von einem gemeinsamen Bekannten Grüße zu überbringen, von Sokrates. Er hat den Herren in Bonn einige Fragen gestellt: ‚Haben Sie, als Sie mit Ihrer Parlamentsmehrheit die Atombewaffnung Westdeutschlands durchsetzten, gewußt, daß die Mehrheit der Bevölkerung strikt dagegen ist? Sollten Sie es nicht gewußt haben, könnte man meinen, Sie seien keine besonders fähigen Politiker. Sollten Sie es gewußt haben, ließe sich fast vermuten, Sie seien keine sonderlich überzeugten Demokraten.‘ Schließlich sagte der jüngste Minister: ‚Auch eine demokratische Regierung

muß notfalls die Schneid aufbringen, unpopulär zu handeln.‘ Da rief Sokrates: ‚O mein Alkibiades! Mir scheint, du verwechselst Mut mit Übermut.‘“ *(sinngemäßes Zitat aus einer Rede Kästners auf der Kundgebung gegen Atomrüstung in München am 23. Mai 1958)*

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

www.bi-luechow-dannenberg.de

kulturelle WIDERSTANDSPARTIE

WILLKOMMEN
AN UNSEREM
WUNDEN PUNKT

Musik auf 3 Solar-Bühnen

Wunde(R)punkte

Kulinarisches

Politik

Kultur

Kunst

PFINGSTFREITAG 13.MAI 2016
AB 14.00 UHR

an den Atomanlagen Gorleben

Programm und Infos unter: www.kulturelle-landpartie.de und www.bi-luechow-dannenberg.de

Eintritt frei - Spenden willkommen

Spendenkonto
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21
BIC: NOLADE21UEL



Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de